

# Nachdenken über Deutsche Außenpolitik nach dem 11. September 2001:

## Gibt es Möglichkeiten zur Verbesserung der transatlantischen Beziehungen?

### 1. Vorbemerkung

*"Aus der besonderen deutschen Geschichte heraus ist dieses Land nun einmal gut beraten, keine Rückkehr zu einer militärisch gestützten Außenpolitik zu betreiben. Deutschland war auch ohne Weltpolitik und "out of area"-Einsätze über Jahrzehnte hinweg voll bündnisfähig und ein allseits geachtetes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft. Eine erneute "Vermachtung" der deutschen Politik...liegt nicht im Interesse Deutschlands"<sup>1</sup>*

Die Einsätze der deutschen Bundeswehr im Ausland und der gefährliche Einsatz der deutschen Soldaten in Krisenregionen der Welt, unter anderem in Afghanistan<sup>2</sup> und jetzt im Kongo und im Libanon - lässt - jenseits aller wissenschaftlichen Theorieansätze über die Deutsche Außenpolitik seit der Wiedervereinigung<sup>3</sup> die Frage nach der Qualität der Deutschen Außenpolitik wieder aktuell werden. Im Gegensatz zu anderen Publikationen zu diesem

---

<sup>1</sup> **Joschka Fischer**: Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1994. - zit. nach: **Gunther Hellmann**: "Rekonstruktion der Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen" Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik: vorgelegt auf dem 21. wissenschaftlichen Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Halle/Saale, 1.-5. Oktober 2000, Einleitung S.9 |

<sup>2</sup> vgl. etwa: **Constanze Stelzenmüller**: "Wie soll'n wir'n det machen?": Afghanistan, Kuwait, Dschibuti - und dann? Die Bundeswehr verstrickt sich in gefährliche Abenteuer in: "**Die Zeit**" Nr. 6 vom 31. Januar 2002 oder: "Höllisch aufpassen": Die Deutschen übernehmen die Führung bei der Friedenstruppe in Kabul - und die KSK jagt al-Qaida-Kämpfer: Der erste Schritt in das gefürchtete "unkalkulierte Abenteuer?" in: **Spiegel** **10/2002**, S. 30-32 |

<sup>3</sup> Eine der besten Monographien zu diesem Thema stellt die - leider nicht in Deutsch übersetzte - Fallstudie: "German foreign policy since unification: Theories and case studies" /ed. By **Volker Rittberger** (Manchester; New York: Manchester University Press, 2001) dar

**Thema<sup>4</sup> kommt es mir in diesen thesenartigen Überlegungen<sup>5</sup> nicht darauf an, zu untersuchen, inwieweit es Elemente von Kontinuität oder Wandel in der deutschen Außenpolitik seit 1945 gegeben hat<sup>6</sup>. Vielmehr möchte ich mit diesem Beitrag anregen, darüber nachzudenken, inwieweit die Deutsche Außenpolitik in Zukunft konstruktive Lösungsmöglichkeiten in Zeiten wachsender Konflikte und einer zunehmend unilateral agierenden Führungsmacht USA<sup>7</sup> zu Gehör bringen und - evtl. im Verein mit Europa sogar durchsetzen kann. Diese Fragen werden seit den Zuspitzungen nach den Ereignissen des 11. September 2001 immer dringender. Kann es - mit Europa - einen Sonderweg gehen? Es ist ja durchaus umstritten, ob die Deutsche Politik jemals einen - vor allem in der Geschichtswissenschaft in den zeitweise postulierten "Deutschen Sonderweg"<sup>8</sup> überhaupt gegangen ist. In diesem Zusammenhang stellt sich für mich die Frage, ob in der heutigen globalisierten Welt eine "eigene" Außenpolitik überhaupt noch betrieben werden kann<sup>9</sup>, sofern es sich nicht um eine Groß-, Super- oder Hegemonialmacht handelt<sup>10</sup>.**

---

<sup>4</sup> Vgl. etwa die oben erwähnte - unveröffentlichte - Publikation von **Gunther Hellmann**, aber auch als wegweisende Artikel: **Czempiel, Ernst Otto**: "Determinanten zukünftiger deutscher Außenpolitik" in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/2000 S. 13-21, **Schöllgen, Gregor**: "Zehn Jahre als europäische Großmacht: Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung" in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/2000, S. 6-12, Kontrovers dazu: **Reinhard Mutz**: "Auf schiefer Bahn: Deutsche Außenpolitik - Militarisierung ist mehr als ein Schlagwort geworden" in: Freitag: Die Ost-West-Zeitung vom 4. August 2000.

<sup>5</sup> Diese Betrachtungen erheben nicht den Anspruch einer wissenschaftlichen Arbeit, sondern sollen lediglich meine Gedanken zu diesem Thema zusammenfassen

<sup>6</sup> hierüber gibt es genügend Publikationen. Neben den oben genannten vgl. die - exzellente - Literaturliste aus dem obigen Grundlagen Werk: "German foreign policy since unification", a.a.O., S. 327-371

<sup>7</sup> Vgl. hierzu: **Harald Müller**: Amerikanischer Unilateralismus: Ein Weltordnungsproblem in: Friedensgutachten 2000 / hrsg. von Ulrich Ratsch/Reinhard Mutz/Bruno Schoch. - Münster, 2000, S. 43-53 sowie "Die Herren der Welt" in: **Spiegel** 8/2002 vom 18.02.2002, S. 154-S.174

<sup>8</sup> Vgl. etwa hierzu: **Kühnl, Reinhard**: Deutschland seit der französischen Revolution: Untersuchungen zum deutschen Sonderweg. Heilbronn: Distel-Verl., 1996. Zu Geschichte und Traditionen der deutschen Außenpolitik seit Friedrich dem Grossen bis zur Gegenwart vgl. insbesondere: **Gregor Schöllgen**: Die Macht in der Mitte Europas: "Stationen deutscher Außenpolitik von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart". 2., aktualis. Aufl. - München: Beck, 2000. |

<sup>9</sup> vgl. hierzu etwa: **Michael Zürn**: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung als Chance. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1998, hier zit. nach: **Czempiel, Ernst Otto**: "Kluge Macht": Außenpolitik für das 21. Jahrhundert. - München : Beck,, 1999, S. 46, vgl. auch: **Kaiser, Karl**: "Die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat: Ein berechtigtes Ziel der neuen deutschen Außenpolitik" in: Europa Archiv, 48: 19, S. 541-552, hier S. 543 zit. nach: **Peters, Dirk**: "The debate about a new German foreign policy after unification" in: "German foreign policy since unification", a.a.O., S. 11-33, hier S. 21. Meine Meinung, die ich im letzten Kapitel dieses Aufsatzes noch näher begründen werde, ist, dass nach wie vor Staaten als die maßgebenden Akteure in den Internationalen Beziehungen anzusehen sind und Einfluss der deutschen Politik auf die USA nur im Rahmen der europäischen Integration möglich sein wird. Vgl. hierzu auch Fußnote 107

<sup>10</sup> Zur Definition von Hegemonialmacht vgl.: **Werner Link**: "Die Neuordnung der Weltpolitik: Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert." 3.,

**Als Hegemonialmacht definiere ich im Anschluss an Werner Link<sup>11</sup> eine Macht, die aufgrund ihrer Position in der internationalen Hierarchie in der Lage ist, "bestimmenden Einfluss" auf die Weltpolitik auszuüben<sup>12</sup>. Hegemonie bedeutet also die "Vormachtstellung eines Staates über einen oder auch mehrere andere"<sup>13</sup>. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Weltlage durch den Ost-West-Konflikt und die Bipolarität der beiden Supermächte<sup>14</sup> geprägt<sup>15</sup>. Das seit 1945 geteilte Deutschland konnte sich keinen "Sonderweg" erlauben, wenn es diesen zuvor**

---

durchges. und um ein Nachwort erw. Aufl. München: Beck, 2001, S. 127. In Fußnote 14 grenze ich **in einer eigenen Definition** Großmacht, Supermacht und Hegemonialmacht voneinander ab

<sup>11</sup> Ebd. Ich erweitere Links Definition jedoch so, dass Hegemonialmacht für mich impliziert, dass eine solche die einzig bestimmende Weltmacht sein muss. Ich argumentiere daher im Singular wie **Michael Zürn**. Er zeigt in seinem Aufsatz: "Neorealistische und Realistische Schule" in dem Abschnitt: "Variante - Hegemoniezyklen" in: "Lexikon der Politik" / hrsg. von Dieter Nohlen, Bd. 6: Internationale Beziehungen. - München : Beck-Verl., 1994, S. 309-322" auf, dass alle 100 Jahre aufgrund von Kriegen ein neuer Hegemon hervorgebracht worden sei. Dessen Überlegenheit habe neben seiner militärischen Dominanz auch auf seiner hohen wirtschaftlichen Produktivität beruht. "Demzufolge erreichten nacheinander Portugal, die Niederlande, Großbritannien und die **USA die Hegemonialstellung** (ebd. S. 315/16, Fettdruck und Unterstreichungen von mir; B. N. Man beachte, dass Zürn hier jeweils im Singular von einer einzelnen Macht spricht). Meiner Meinung nach gibt es nach 1945 eine Hegemonialmacht, nämlich die USA, erst nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Zerfall der Sowjetunion als zweiter Supermacht, da die Sowjetunion mit ihrem Bestreben scheiterte, die "(Welt-)Hegemonie einer der konkurrierenden Großmächte [nämlich der USA; B.N.] zu verhindern." (Link, ebd.) . Erst seit dieser Zeit können die USA meiner Meinung nach als Hegemonialmacht angesehen werden, da sie erst seit dieser Zeit als "einzig verbliebene Weltmacht" (**Jürgen Hartmann**: "Internationale Beziehungen", Opladen: Leske + Budrich, 2001, S. 79) bzw. "Weltmacht ohne Gegner" ("Weltmacht ohne Gegner": Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges., 2000) gelten kann. Vorher waren sie eine von zwei Supermächten. Zu der von mir vorgenommenen Abgrenzungen der Begriffe: "Großmacht", "Supermacht" und "Hegemonialmacht" vgl. Fußnote 14. |

<sup>12</sup> **Triepel, Heinrich**: Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten. 1938. - Neudr. - Aalen, 1974. - zit. nach: **Lingk, Werner**: "Die Neuordnung der Weltpolitik", a.a.O., S. 127

<sup>13</sup> ) so die Definition von Hegemonie im "Lexikon der Poltik" / hrsg. von **Dieter Nohlen**. - Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg, 1998. Band 7: "Politische Begriffe", S. 247.

<sup>14</sup> ) Ich benutze hier den Begriff "**Supermacht**" im Sinne einer "**hervorgehobenen Großmacht**", die auf **Teilbereiche der Welt** durchaus eine "**Vormachtstellung**" über einen oder mehrere andere Staaten im Sinne der obigen Definition ausübt, **aber eben nicht die alleinige Vormachtstellung über die gesamte Welt errungen hat** - in Abgrenzung zum Begriff "Hegemonialmacht". **Großmächte hingegen müssen keine Vormachtstellung über einen oder mehrere Staaten besitzen**. Großmächte sind beispielsweise auch China oder Indien. Eine Großmacht könnte meines Erachtens auch ein mit einer Stimme sprechendes Europa sein. Vgl. zu der Notwendigkeit eines solchen vereinigten Europas meine Ausführungen in Kapitel 3.2. Da es im Zeitalter der Bipolarität keiner der beiden über "bestimmenden Einfluss" auf die Weltpolitik verfügenden Mächte USA und UdSSR gelang, zur Hegemonialmacht, also der einzig bestimmenden Weltmacht, aufzusteigen, wie es Michael Zürn in seinem oben zitierten Kapitel der "Variante - Hegemoniezyklen" beschreibt (vgl. oben, Fußnote 11), gab es für mich daher zu jener Zeit keinen Hegemon. Allenfalls könnte man - in Anlehnung an die oben

überhaupt gegeben hatte<sup>16</sup>. Das verkleinerte Deutschland konnte sich nach 1945 nach dem Scheitern seiner Versuche, Hegemonialmacht in Europa zu werden, in einer bequemen "Nische" einrichten. Arnulf Baring hat in diesem Zusammenhang abwertend von einem "bequemen Zustand letztendlicher Verantwortungslosigkeit" gesprochen<sup>17</sup>. Er schreibt: *"Jahrzehntelang haben die westlichen Alliierten unser Schicksal verwaltet und unsere Freiheit geschützt. Zunächst als Besatzungsmächte. Aber auch als wir 1955 die Besatzungsherrschaft losgeworden waren, haben wir die Grundeinstellung der Zeit zuvor beibehalten. Wir hatten uns rasch daran gewöhnt, unsere eigene Verantwortung an unsere neuen Bundesgenossen zu delegieren. Ich habe diesen Verzicht immer sehr deutlich gespürt in der Formulierung von Herrn Genscher: wir seien "in die Bündnisse eingebunden". Diese Formel ließ einerseits Freiwilligkeit, andererseits Unvermeidlichkeit erkennen."*<sup>18</sup> Baring fordert daher, die neue deutsche Außenpolitik solle ihre Interessen nüchtern definieren. Er steht hier in Tradition zu den Verfechtern einer - wie es Peters nennt - "more assertive foreign policy"<sup>19</sup>. Diese mit dem Vokabular der sogenannten "realistischen Schule"<sup>20</sup> arbeitende politikwissenschaftliche Denkrichtung

---

ausgeführte Definition im genannten "Lexikon der Politik" /hrsg. von Dieter Nohlen meines Erachtens alternativ von zwei Hegemonialmächten zwischen 1945 und 1990 sprechen. Ob die USA nach Ende des Ost-West-Konfliktes und der Auflösung der Sowjetunion dauerhaft als Hegemonialmacht angesehen werden kann, wie vielfach vermutet wird (vgl. etwa: "Weltmacht ohne Gegner", a.a.O.) ist meines Erachtens noch nicht absehbar und muss zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen bleiben.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu etwa: Dirk Peters: "The debate about a new German foreign policy after unification", in: "German foreign policy since unification", a.a.O., S. 25 |

<sup>16</sup>) Im Unterschied zu der oben erwähnten Publikation von Reinhard Kühnl zeigt etwa Wolfgang Wippermann: "Europäischer Faschismus im Vergleich 1922-1982" (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1983), dass es überall in Europa faschistische Bewegungen gab und von einem deutschen "Sonderweg" insofern **nicht gesprochen werden kann**. Wolfgang Merkel zeigt in seinem Buch: "Systemtransformation" (Opladen: Leske und Budrich, 1999) hingegen insofern einen "Sonderweg" für die politische Entwicklung in Deutschland auf, als Deutschland in der Zwischenkriegszeit 1919-1933 über "nahezu alle sozioökonomischen Modernisierungsvoraussetzungen für eine funktionierende Demokratie" verfügte (Merkel, S. 182). Aufgrund der besonderen Bedingungen in Deutschland (insbesondere der demokratiefeindlichen Einstellung der Eliten, Weltwirtschaftskrise, psychologischen und wirtschaftlichen Belastungen durch den Versailler Vertrag, ausgeprägte "Untertanenkultur") brach die Demokratie im Gegensatz zu den "überlebenden" Demokratien der Zwischenkriegszeit jedoch zusammen. "Das Beispiel Deutschland zeigt..., dass keineswegs strukturelle Bedingungen allein die Frage entscheiden, ob der Weg in die Moderne ohne Umwege in die Demokratie führt. Sie bilden im metaphorischen Sinn 'nur' den 'Handlungskorridor'.." (Merkel, S. 183).

<sup>17</sup>) Arnulf Baring: Die Atempause der Weltgeschichte ist vorüber: in: Arnulf Baring: "Es lebe die Republik, es lebe Deutschland!". Stuttgart : Deutsche Verl.-Anst., 1999, S. 260

<sup>18</sup>) ebd

<sup>19</sup> Vgl. Dirk Peters: "German foreign policy after unification", a.a.O., S. 12. Sinngemäß lässt sich diese Formel mit: "stärker interessenorientierte Außenpolitik" übersetzen.

<sup>20</sup> so Gunther Hellmann in: "Rekonstruktion der 'Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen', a.a.O., S. 39". Eine ausführliche Darstellung der verschiedenen "Denkschulen" in den Internationalen Beziehungen findet sich in dem

**betrachtet internationale Politik als Machtpolitik. Die Bundesrepublik sei aufgrund der Wiedervereinigung wieder eine einer Großmacht mit weltpolitischem Gewicht.<sup>21</sup> Nach Ende des Kalten Krieges sei Deutschland erneut "Zentralmacht Europas"<sup>22</sup> Als solches habe Deutschland eine besondere Verantwortung wahrzunehmen und selbstbewusst seine nationalen Interessen zu definieren und wahrzunehmen. Dabei sei zu beachten, dass die zentralen Akteure nach wie vor die einzelnen nationalen Staaten seien und dass internationale Politik immer (staatliche) Machtpolitik sei<sup>23</sup>.**

**Obwohl die Schlussfolgerungen dieser außenpolitischen "Denkschule" große öffentliche Aufmerksamkeit erregten<sup>24</sup>, blieben sie jedoch innerhalb der politikwissenschaftlichen Debatte in der Minderheit<sup>25</sup>. Die Kritiker dieser Position argumentierten, die geopolitischen Verhältnisse hätten sich seit Ende des 19. Jahrhunderts diametral geändert. Im Gegensatz zu jener Zeit seien die USA heute bestimmende Macht auf der Welt mit weitreichendem Einfluss auch in Europa. Außerdem bestimmten im Zeitalter der Globalisierung und verstärkten wechselseitigen Interdependenz mehrere Faktoren das Weltgeschehen: Staaten, so argumentieren diese als „Liberalisten“ bezeichnete Schule in den „Internationalen Beziehungen“, seien nicht mehr als einzige Akteure anzusehen, die "Gesellschaftswelt" (Czempiel)<sup>26</sup> beschneide den Herrschaftsanspruch der politischen Systeme. Anstelle der bis 1990 geltenden Bipolarität lebe man nun in einem Zeitalter der Multipolarität mit verschiedenen Akteuren (etwa transnational operierenden Finanzdienstleistern wie den IWF), oder gesellschaftlichen Interessengruppen, die im Zeitalter der Demokratisierung immer einflussreicher würden und verstärkt Einfluss auf die "staatliche" Außenpolitik nähmen. Der Verlust der funktionalen Autarkie der Staaten erzwingt Kooperation<sup>27</sup> und führe zu einer "Denationalisierung" der gesamten Außenpolitik<sup>28</sup>.**

---

oben genannten Werk: "German foreign policy since unification" / ed. By Volker Rittberger. Hier werden die **(neo-)realistische Schule**, der **liberalistische Denkansatz** sowie der **Konstruktivismus** als neueste Forschungsrichtung als Theoreme für Weltordnungsmodelle in den Internationalen Beziehungen ausführlich dargestellt. Dies kann im begrenzten Rahmen dieser Betrachtungen nicht geleistet werden.

<sup>21</sup>) so zutreffend die Analysen von Hellmann (a.a.o., S. 39) und Peters (a.a. O.), S. 12

<sup>22</sup>) so Hans-Peter Schwarz: "Die Zentralmacht Europas: Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne". - Berlin: Siedler, 1994

<sup>23</sup> So die hervorragende Zusammenfassung dieser realistischen Denkschule bei Peters, a.a.O., S. 19.

<sup>24</sup> So etwa Peters, ebd

<sup>25</sup> So Thomas Banchoff: "The German Problem Transformed. Institutions, Politics, and Foreign Policy, 1945-1995. Ann Arbor, MI, University of Michigan Press, hier zitiert nach: Peters: "German foreign policy after unification", a.a.O., S. 19"

<sup>26</sup> so Czempiel in seinem oben erwähnten Buch: "Kluge Macht", a.a.O., S. 61

<sup>27</sup> so etwa Czempiel in dem Buch: "Kluge Macht", a.a.O. S. 46

<sup>28</sup> vgl. Anmerkung 9.

**Czempiel zusammenfassend: "Am Ausgang des 20. Jahrhunderts muss unter der wechselseitigen Abhängigkeit eine Situation verstanden werden, in der ein Akteur seine Ziele nur noch erreichen kann, wenn andere Akteure kooperieren. Dies gilt für die Interaktionen der Gesellschaft genauso wie für die des Politischen Systems. Kein Staat, nicht einmal die Supermacht USA, geschweige denn der europäische Staat mittlerer Größe, kann seine Ziele verwirklichen, ohne dass andere Staaten mitwirken."<sup>29</sup>**

**Aufgrund seiner ökonomischen Verflechtungen und der Mitgliedschaft in verschiedenen multilateralen Institutionen könne die deutsche Außenpolitik keinen "Sonderweg" gehen und bleibe in die Politik des Westens eingebettet<sup>30</sup>. Insofern sei die deutsche Außenpolitik gut beraten, ihren bisherigen "Bonner" Kontinuitätskurs in der Tradition der bisher verfolgten kooperativen und multilateralen Politik beizubehalten und fortzusetzen<sup>31</sup>. Als dritte "Denkschule" seien hier nur kurz erwähnt die Vertreter einer "zivilen" deutschen Außenpolitik<sup>32</sup> erwähnt. Diese Autoren lehnen den Politikansatz einer stärker machtstaatlich orientierten interessengeleiteten Außenpolitik ab. Sie fordern, die Außenpolitik müsse die instabilere weltpolitische Lage nach dem Wegfall der Bipolarität mit ihren wachsenden Konflikten wahrnehmen und eine zivile Politik betreiben, die zur Vermeidung von Konflikten beitrage. Traditionelle (staatliche) Machtpolitik sei nicht mehr zeitgemäß und auch nicht in der Lage, die Gefahren der neuen "Weltunordnung"<sup>33</sup> zu bewältigen. *"The disappearance of bipolarity left interdependence as the single most important structural feature of the international system and thus the single most important challenge for foreign policy makers in Europe and around the world."*<sup>34</sup> Daher müsse die deutsche Außenpolitik sich im Sinne einer "zivileren Politik" verändern: sie solle sich weniger in militärischen Bündnissen, sondern stärker in Entwicklungshilfe engagieren, Demokratisierungstendenzen fördern und vor allem Waffenexporte vermeiden.<sup>35</sup>**

<sup>29</sup>) Diese zentrale Anmerkung findet sich in Czempiels Werk: "Kluge Macht", a.a.O., S. 46

<sup>30</sup> So etwa Walter Bühl: "Gesellschaftliche Grundlagen der deutschen Außenpolitik" in: Karl Kaiser und Hanns Maull: Deutschlands neue Außenpolitik, Band 1. München : Oldenburg, 1994, S. 176, hier zitiert nach: Peters: German foreign policy after unification, a.a.O., S. 21, Ebenso Helga Haftendorn in dem gleichen Sammelband: "Gulliver in der Mitte Europas: Internationale Verflechtung und nationale Handlungsmöglichkeiten", S. 1 131, hier ebenfalls zitiert nach Peters, a.a.O

<sup>31</sup> so die Bilanz bei Peters, a.a.O., S. 24.

<sup>32</sup>) Vgl. dazu Gunther Hellmann: "Rekonstruktion der "Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen", S. 45-47 und Peters: "German foreign policy after unification" in: "German foreign policy after unification", S. 24-30. **Auf diesen „zivilen Ansatz“ von Maull gehe ich im 5. Kapitel, dem Schlusskapitel, näher ein.**

<sup>33</sup>) Dies Zitat findet sich in dem erwähnten Aufsatz von Hellmann

<sup>34</sup> Zitat bei: Peters: German foreign policy after unification, a.a.O., S. 25

<sup>35</sup>) Der bedeutendste Vertreter dieser Denkrichtung ist Hanns W. Maull: "Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland - vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik" in Europa Archiv, 43, Heft 10, S. 269-278. Hier in Kurzfassung zitiert nach Peters, a.a.O.,



**Fazit:** Zwischen den Denkansätzen der realistischen Schule, die eine offensivere Interessenwahrnehmung der deutschen Außenpolitik fordert, den Kritikern dieser Auffassung, die auf Kontinuität der bisherigen Bonner Außenpolitik setzen und den Anhängern einer auf zivile Konfliktvermeidung setzenden Außenpolitik (die in diesem Sinne ebenfalls eine Änderung der bisherigen deutschen Außenpolitik, insbesondere seit dem Kosovo-Konflikt fordern) gibt es beträchtliche Unterschiede. Gemeinsam sind allen Positionen vor allem, dass sie das gewachsene und damit veränderte weltpolitische Gewicht Deutschlands nach der Wiedervereinigung (an-)erkennen. Zweitens stimmen alle Autoren der Debatte darin überein, dass das Ende der Bipolarität und des Ost-West-Konfliktes der deutschen Außenpolitik neue Optionen eröffnet, da Deutschland nach der Wiedervereinigung nicht mehr die "Grenze" zwischen den verschiedenen politischen Systemen und machtpolitischen Blöcken NATO / Warschauer Pakt des Kalten Krieges bildet. Außerdem besteht Übereinstimmung darüber, dass Deutschland aufgrund der neuen Lage nicht gezwungen sei, seine Außenpolitik vollkommen zu ändern (dieses verlangen nur wenige Autoren der sogenannten "Neuen Rechten")<sup>36</sup>. Peters bilanziert: *"Within these limits, however, considerable scope for change was seen, and disagreement prevailed as to which courses of foreign policy would be best for German foreign policy makers to choose. Accordingly, the range of recommendations for German foreign policy makers was wide. It ranged from the advice to become more assertive vis-à-vis its main allies to the recommendation to intensify integration, and from support for a strengthening of international law to advice to utilize international institutions in order to push through Germany's interests."*<sup>37</sup>

**Fazit:** Die verschiedenen oben skizzierten Denkansätze und die vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten<sup>38</sup> offenbaren eine gewisse Ratlosigkeit. Sie zeigen auch, dass sich die Welt nach Ende des Ost-West-Konfliktes verändert hat und am "Scheideweg" steht. Dieses wurde nach dem 11. September 2001 nach den Attentaten in den USA, die die Verwundbarkeit der verbliebenen Weltmacht schonungslos dokumentierten, deutlich.

---

S. 30 und Hellmann, a.a.O., S. 45-46. Auf diesen Denkansatz gehe ich im 5. Kapitel, dem Schlusskapitel, näher ein.

<sup>36</sup>) Dieses Fazit der verschiedenen Richtungen bei Peters, a.a.O.

<sup>37</sup> ebd., S. 32

<sup>38</sup> Am ausführlichsten bisher in diese Richtung argumentiert Hellmann, a.a.O.: Er ist optimistisch: "Bei guter Führung wird sich daher zweifellos auch das nötige Maß an welt- und europapolitischer Reife herausbilden, um gemeinsam mit den anderen weiter zu prosperieren. Ohne diese Reife wird es spätestens in zehn oder zwanzig Jahren Anlas zum "Haareraufen" geben." (zit. nach: Hellmann, Gunther: "Rekonstruktion der" Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen"?

Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik, a.a.O., hier S. 8

**Welchen Weg kann die Deutsche Außenpolitik nach diesen Ereignissen gehen? Kann sie - im Verein mit Europa - unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen und dem wachsenden Gewicht "gesellschaftspolitischer" Akteure (Czempiel) einen - eventuell - "zivilen" Sonderweg gehen? Kann sie Einfluss nehmen auf die derzeitige Supermacht USA und auf eine konstruktive, partnerschaftliche Außenpolitik hinwirken oder muss sie - im Verein mit den europäischen Partnern - das, was aus den USA vorgegeben wird - ohne Wenn und aber mittragen? Über diese Fragen möchte ich - angeregt durch die Debatte im "Spiegel" und den Beitrag von Harald Müller im "Friedensgutachten 2000"<sup>39</sup>im Folgenden nachdenken.**

## **2. Amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush seit dem 11. September**

***"I will not wait on events while dangers gather. I will not stand by, as peril draws closer and closer. The United States of America will not permit the world's most dangerous regimes to threaten us with the world's most destructive weapons."***  
**US-Präsident George W. Bush am 29. Januar 2002 vor dem amerikanischen Kongress<sup>40</sup>**

<sup>39</sup>) Vgl. Fußnote 7

<sup>40</sup>) hörbar unter: [www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.a.ram](http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.a.ram)  
Dieser Satz prägt eindeutig die neue Sicherheitsphilosophie der Bush-Regierung, die als Antwort auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 konzipiert wurde und seither als sogenannte **Bush-Doktrin** bekannt wurde. Die erstmals 2002 veröffentlichte und 2006 leicht modifizierte Sicherheitsdoktrin ist durch vier Grundannahmen geprägt: 1.) „präemptive“ Militärschläge schon gegen heraufziehende, nicht erst gegen manifeste Gefahren, vor allem gegen jene, die von Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen ausgehen; 2.) Ausbau der militärischen Übermacht gegenüber jedem möglichen Konkurrenten; 3.) unilaterales, notfalls militärisches Vorgehen, wenn internationale Organisationen und Bündnisse wegen inneren Streits paralysiert sind; 4.) weltweite Verbreitung von Freiheit, Demokratie und Sicherheit.“ (zit. nach: Matthias Rüb: „Angriff als die beste Verteidigung“ in: FAZ vom 9. September 2006, S. B4 (Sonderseite zum 5. Jahrestag des 11. September 2006 in der FAZ vom 9. September 2006). Die Bush-Doktrin ist umstritten, weil sie – so die Kritiker – mit dem Völkerrecht nicht vereinbar sei und – völkerrechtlich verbotene – präventive Angriffskriege als „Präemption“ verharmlose. Vgl. hierzu etwa Arthur R. Kreuzer: Preemptive Self-Defense: Die Bush-Doktrin und das Völkerrecht. – München: Meidenhauer, 2004. Allerdings gibt es auch Auffassungen, die die neue Sicherheitsphilosophie der Bush-Doktrin als notwendige Reaktion auf die Ereignisse des 11. September zumindest verständlich finden und eine Weiterentwicklung des Völkerrechtes in dieser Beziehung fordern (vgl.: Karl-Heinz Kamp: „Von der Prävention zur Präemption? Die neue amerikanische Sicherheitsstrategie“ in: „Internationale Politik Jg. 57, H. 12, Dezember 2002, S. 19-24 oder: Michael Rühle: Sicherheit in Zeiten des Terrors in FAZ vom 1. Februar 2006, S. 6. Von einem „präemptiven Angriff spricht man, wenn dieser vor einer unmittelbar zu erwartenden gegnerischen Angriffshandlung stattfindet. Als präventiv gilt eine Kriegshandlung hingegen, wenn sie lediglich auf der Annahme beruht, dass in der nächsten Zeit mit einer militärischen Offensive des Gegners zu rechnen ist. Während



***"Facing that danger, countries must make a choice. Those that stand for peace, security and the rule of law- the great majority of countries in the world-stand united with us in this struggle between good and evil. Those countries that choose to tolerate terrorism and refuse to take action-or worse, those that continue to support it-will face consequences. As President Bush said last Tuesday, "Make no mistake about it: If they do not act, America will."***

**Amerikas stellvertretender Verteidigungsminister Paul Wolfowitz auf der 38. Internationalen Sicherheitskonferenz in München, 02. Februar 2002<sup>41</sup>**

**Harald Müller hat - bereits vor Amtsantritt der Regierung Bush - den amerikanischen Unilateralismus als das eigentliche politische Problem der USA benannt <sup>42</sup>. Ohne die USA laufe auf bilateraler Ebene nichts. Die USA gäben - bei "pessimistischer" Rechnung - etwa siebenmal soviel aus wie der potentielle Rivale mit dem höchsten Militärhaushalt, die VR China. Nach den Terroranschlägen am 11. September hat Präsident Bush den amerikanischen Rüstungsetat nochmals um 48 Millionen Dollar erhöht. Der US Rüstungsetat betrug 2001 ca. 354 Mrd. Dollar<sup>43</sup>, China gab lediglich 19 Milliarden Dollar, Deutschland 24 Mrd. Dollar und Russland 50 Mrd. Dollar aus. Die USA können sich als reichstes Land der Welt ihren riesigen Militärhaushalt leisten. Doch als reichstes Land mit Hegemonialstellung fordert diese**

---

Präemption unter dem Aspekt der mittelbaren Gefahrenabwehr durchaus legitim sein kann, ist ein Präventivkrieg, der vorbeugend die eigenen militärischen Interessen mit militärischen Mitteln durchsetzt, vom Völkerrecht nicht gedeckt. Die Kritiker der Bush-Doktrin werfen Bush vor, den Begriff der Präemption umzudeuten und präventive Angriffskriege zur Verhüllung ihrer Nicht-Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht, als präemptiv zu bezeichnen. Vgl.: Kreuzer, a.a.O., S.10 sowie: Harald Müller: „Defensive Präemption und Raketenabwehr: Unilateralismus als Weltordnungsproblem in: Kubbig, Bernd W.: Brandherd Irak.- Frankfurt/Main: Campus-Verl., 2003, S. 103-113, hier S. 108

<sup>41</sup> Die Rede ist als PDF-Datei vom Bundespresse- und Informationsamt lieferbar.

<sup>42</sup> <sup>42</sup> Ich zitiere hier aus der PDF-Datei der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (Bulletin Nr. 10), hier S. 1 Ausführlicher hat sich Müller in seinem Buch: „Amerika schlägt zurück: Die Weltordnung nach dem 11. September“. – Frankfurt am Main: Fischer Verl., 2003 und in der oben genannten Publikation „Defensive Präemption und Raketenabwehr: Unilateralismus als Weltordnungspolitik“ mit dem amerikanischen Unilateralismus unter George W. Bush beschäftigt.

<sup>43</sup> Zahlen nach dem oben zitierten Spiegel-Artikel: "Die Herren der Welt", a.a.O., S. 166. Nach einer Untersuchung des Friedensforschungsinstituts Sipri gaben die USA 2005 rund 467 Mrd. US-Dollar für Rüstung aus. Dies entspricht 2005 48% aller Militärausgaben der Welt (Spiegel Online, 12. Juni 2006: Rekordausgaben: USA treiben Rüstungsspirale nach oben). Der Haushaltsentwurf für 2006/07, der dem Parlament am 06.02.2006 zugeing, sah Einsparungen im Sozialbereich vor, zugleich aber die Erhöhung des Verteidigungsetats um 6,9% und der Mittel für die innere Sicherheit (Homeland-Security) um 3,3%, was zu einem Haushaltsdefizit von 423 Mrd. US-Dollar führte. Am 15.06.2006 verabschiedete der Kongress durch Senatsbeschluss einen Nachtragshaushalt von 94,5 Mrd. US-\$, der 65, 8 Mrd. US-\$ für den militärischen Einsatz in Afghanistan und Irak vorsah. (Quelle: Fischer-Weltalmanach 2007. – Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl., 2007, S. 508).

**Position den USA dreierlei ab (Harald Müller): der Hegemon müsse zuhören können. *"Ohne das Eingehen auf die Nöte, Ängste, Bedürfnisse und Wünsche seiner Partner lässt sich nicht im multilateralen Stil führen. Zweitens muss er bereit sein, auch Abstriche bei der Durchsetzung seiner eigenen Interessen zu machen... Und drittens muss er bereit sein, sich selbst binden zu lassen."*<sup>44</sup>**

**Diese Sätze - noch unter Clinton zu Papier gebracht - gelten unter Bush noch mehr. Die Kündigung des Kyoto-Umweltabkommens, die bruske Kündigung des ABM-Vertrages von 1972, protektionistische Neigungen in der Wirtschaftspolitik zum Schutz der eigenen Industrie<sup>45</sup> - dies alles sind beunruhigende Faktoren der US-Politik unter Bush. Um nicht missverstanden zu werden: die Anschläge vom 11. September 2001 waren brutal und menschenverachtend, eine harte Reaktion musste hierauf erfolgen. Missachtung der Interessen der Partner führt jedoch nicht zu einer Stärkung von Koalitionen, sondern zu Abwehrreaktionen und Irritationen bei Partnern, die sich dem Hegemonialanspruch einer einzelnen Macht widersetzen, wie die Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg offenbarten. Victor Mauer hat diesbezüglich folgendes bilanziert: „Das Verhalten einiger europäischer Regierungen in der Irak-Krise entsprach weitgehend den Erklärungsansätzen der neorealistischen Schule, wonach im Internationalen System eine (Welt-)Hegemonie durch ein System von Macht und Gegenmacht, ein Gleichgewichtssystem, verhindert oder zumindest in ihren negativen Wirkungen eingedämmt wird. Es ging um den Versuch, dem seit dem Ende des Kalten Krieges unaufhaltsam steigenden amerikanischen Hegemonialanspruch, der im Kontext des 11. September 2001 von einigen als Imperialstreben verstanden wurde, mit einem europäischen Machtpol im Sinne eines Gegengewichts in einer angestrebten multipolaren Welt zu begegnen und damit die unter anderen Umständen verfolgte Politik der Anlehnung (bandwagoning) aufzugeben. Während sich die EU-Staaten unmittelbar nach den Terroranschlägen noch geschlossen hinter die globale Führungsmacht gestellt hatten, weil sie die transnationale Bedrohung des islamistischen Terrorismus als Gefahr sowohl für das internationale System als auch für ihre internationalen Ordnungen begriffen, setzte im Sommer 2002 eine Gegenbewegung ein. Deutschland und Frankreich verfolgten dabei allerdings keine kooperative, sondern eine konfrontative, antagonistische Balancepolitik gegenüber den USA. Gegenmachtbildung, ob kooperativ oder konfrontativ, ist indes nur dann sinnvoll, wenn sie – in welcher machtpolitischen**

<sup>44</sup>) Harald Müller, a.a.O., S. 2.

<sup>45</sup> Die EU droht Amerika Strafzölle an: In Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.03.2002, S. 14 Wirtschaft., vgl. auch den Kommentar vom selben Tag im Politikteil über den mangelnden Einfluss des Bundeskanzlers Gerhard Schröder auf diesen Aspekt.

**Konstellation auch immer – zumindest mittel- und langfristig mehr verspricht als eine Politik der Anlehnung, mit deren Hilfe ein gewisser Einfluss auf die Politik der Führungsmacht ausgeübt werden kann; anders ausgedrückt: wenn die Kosten einer Bündnistreue den daraus zu ziehenden Nutzen übersteigen. Der deutsch- französische Versuch scheiterte nicht zuletzt deshalb, weil die Trennlinie weniger durch den Atlantik als vielmehr mitten durch Europa verlief.“<sup>46</sup> Die große Koalition hat – wie ich später zeigen werde – aus dem Scheitern dieser Politik Konsequenzen gezogen und bemüht sich, über einen geänderten Stil mehr Einfluss auf die politischen Entscheidungen in Washington zu erlangen.**

**Nichtsdestotrotz hätte es den Versuch einer Gegenmachtbildung nicht gegeben, wenn die amerikanische Politik nicht als Abkehr vom bisherigen Zivilmacht Konzept verstanden worden wäre und somit in Konflikt zu den bisherigen Traditionen der deutschen Außenpolitik geführt hätte<sup>47</sup>. Dafür steht beispielhaft die Auseinandersetzung zwischen dem damaligen stellvertretenden Verteidigungsminister Wolfowitz und der deutschen Regierung auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2003. Mit Wolfowitz schickte die USA ausgerechnet einen der schärfsten Verfechter harter Militärsanktionen gegen so genannte "Schurkenstaaten", die von Präsident Bush als "Achse des Bösen" dargestellt wurden. Er gilt auch als einer der stärksten Befürworter der Errichtung eines eigenen Raketenabwehrsystems in den USA und befürwortete die einseitige Kündigung des ABM-Vertrages durch Präsident Bush<sup>48</sup>. Er verlangte denn auch auf ebenjener Konferenz eine "grundlegende Reform" des Nato-Militärapparates - für globale Einsätze. Als der deutsche Verteidigungsminister Scharping zaghaft einzuwenden wagte, es sei "naiv" zu glauben, ohne eine "Grundlage internationalen Rechts " und ohne "eine Rolle der Vereinten Nationen" sei eine**

---

<sup>46</sup> Victor Mauer: Die geostrategischen Konsequenzen nach dem 11. September 2001 in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B 3-4/2004 vom 19. Januar 2004, S. 18-25, hier S. 22.

<sup>47</sup> Peter Rudolf: Von Clinton zu Bush: Amerikanische Außenpolitik und transatlantische Beziehungen in: Hans-Jürgen Puhle, Söhnke Schreyer, Jürgen Wilzewski (Hg.). Supermacht im Wandel : Die USA von Clinton zu Bush, S. 263-295, hier S. 282: „Wahlkampforientierte und a Erhalt der rot-grünen Koalition ausgerichtete Positionsbestimmung muss nicht notwendigerweise strategischer Rationalität entbehren[...] Wer die Politik des Regimesturzes durch eine militärische Intervention in der Sache für falsch und gefährlich hielt – und genau darauf liefen die wiederholten Mahnungen und Fragen an die amerikanische Adresse seitens der Bundesregierung hinaus – der konnte konsequenterweise einer Drohpolitik nicht Unterstützung verleihen...Hätte man sich der amerikanischen Linie angeschlossen – wie hätte man sich dann möglichen späteren Forderungen nach Beteiligung glaubhaft verweigern können? Man hätte eine Politik unterstützt, die man in der Sache selbst dann für falsch und zu riskant erachtet, wenn sie auf Druck der USA im Sicherheitsrat abgesegnet würde.“

<sup>48</sup> Vgl. hierzu Wolfowitz Rede auf der 38. Münchener Sicherheitskonferenz vom 02. Februar 2002 sowie sein Statement vor dem Senate Armed Service committee vom 12. Juli 2001 unter [www.hsfk.de/abm/bushadmi/wolfowit/071201.html](http://www.hsfk.de/abm/bushadmi/wolfowit/071201.html) | ▲

**Mehrheit der europäischen Bürger bereit, Militäreinsätze dauerhaft zu unterstützen, wurde er von Wolfowitz regelrecht abgebürstet: Weitere Uno-Mandate seien "unnötig", die Amerikaner beanspruchten das Recht auf kollektive Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UNO-Charta - das reiche<sup>49</sup>. Sollten Pläne zutreffen, dass jetzt für den "Notfall" eine Liste erstellt werde, Atomwaffen gegen sieben Länder, darunter die sogenannten "Schurkenstaaten" Iran, Irak und Nord-Korea einzusetzen und das Pentagon zudem von Bush angewiesen worden sein soll, kleine Atomwaffen für den Einsatz in bestimmten Kampfsituationen zu entwickeln<sup>50</sup>, um sie bei Konflikten wie dem israelisch-arabischen Konflikt, einem Krieg zwischen China und Taiwan, einem Angriff Nordkoreas auf Südkorea und des Irak auf Israel einzusetzen, wäre dies äußerst besorgniserregend<sup>51</sup>, weil die „Hemmschwelle“ für einen atomaren Einsatz immer weiter sinkt und die Illusion nährt, atomare Kriege seien „gewinnbar.“**

**Was also macht offensichtlich die Substanz der neuen US-Politik unter Bush aus? Es gilt augenscheinlich das Recht des Stärkeren, die Fähigkeit zum Zuhören oder zur Kooperation fehlt dieser Regierung, wie an dem obigen Fallbeispiel der Entwicklung der transatlantischen Beziehungen 2003-2004 deutlich wird (die beliebig fortgesetzt werden können, etwa durch die einseitige Haltung der Bush-Administration zu den Problemen im Nahen Osten, die die Versuche der Vorgängerregierung Clinton nicht fortgesetzt hat, zwischen Israel und den arabischen Staaten sowie der PLO zu vermitteln, sondern sich völlig einseitig auf die Seite Israels gestellt hat). Harald Müller spricht daher auch von der "verhältnismäßig" skrupulösen Art und Weise, wie Washington diese Rolle wahrzunehmen suche<sup>52</sup>. Das Wort von Bundeskanzler Schröder: "Kein Land kann seine Sicherheit ohne ein zunehmendes Maß an internationaler Kooperation gewährleisten"<sup>53</sup> verhallt ungehört. So sollten die USA den Ratschlag des derzeitigen deutschen Botschafters in Washington, Wolfgang Ischinger, beherzigen. Er schrieb noch in seiner Funktion als Staatssekretär im Auswärtigen Amt - damals an die Adresse Russlands gerichtet:**

---

<sup>49</sup>) Spiegel-Artikel vom 18.02.2002: "Die Herren der Welt", S. 166. Vgl. auch die Reden von Scharping und Wolfowitz auf der 38. Münchener Sicherheitskonferenz (lieferbar durch das Bundespresseamt der Bundesregierung).

<sup>50</sup>) Vgl. Bericht von DPA: Zeitung: USA bereiten Pläne für Atomwaffeneinsatz im Notfall vor vom 09.03.2002

<sup>51</sup>) Vgl. hierzu den informativen, wenn auch sehr einseitig antiamerikanischen Artikel des "Spiegel": "Den Knüppel herausgeholt" vom 19.03.2002, S. 134-149.

<sup>52</sup>) Harald Müller: Amerikanischer Unilateralismus: Ein Weltordnungsproblem, a.a.O., S. 1. Fairerweise muss nochmals betont werden, dass dieses Bulletin bereits im Frühjahr 2000, also noch zur Amtszeit von Clinton entstand. Es liest sich allerdings wie eine Abrechnung auf die derzeitige Regierung unter George Bush, deren Hang zum Unilateralismus Harald Müller ja auch in all seinen späteren diesbezüglichen Publikationen massiv kritisiert.

<sup>53</sup>) Zitiert nach dem Spiegel-Artikel vom 18.02.2002: "Wir sind die Herren der Welt", a.a.O., S. 163

***"Größe bemisst sich heute nicht so sehr an Macht, sondern an Kraft zu gestalten: Es ist wichtiger, zu überzeugen, als zu drohen, es ist wichtiger, einzubinden als zu beherrschen, es ist wichtiger, Partner zu gewinnen, als Gegner in Schach zu halten. Das sind die Gebote des 21. Jahrhunderts."*<sup>54</sup>**

### **3. Lösungsmöglichkeiten für eine zivile Außenpolitik nach dem 11. September 2001**

***"Mit jedem Recht - wir wissen das - korrespondiert eine Pflicht, aber umgekehrt gilt auch: Mit der Bündnispflicht, die wir übernommen haben, korrespondiert ein Recht und dieses Recht heißt Information und Konsultation. Wir als Deutsche und Europäer wollen bei allen notwendigen Maßnahmen eine uneingeschränkte Solidarität mit den USA erreichen. Ich betone: Zu Risiken - auch im Militärischen - ist Deutschland bereit, aber nicht zu Abenteuern. Diese werden von uns dank der besonnenen Haltung der amerikanischen Regierung auch nicht verlangt. Ich denke, das wird so bleiben."***

**Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 19.09.2002<sup>55</sup>**

#### **3.1. Die verschiedenen Politikansätze analysieren und verstehen**

***"Die Amerikaner sind nicht Europäer, die zufällig ein paar Jahrzehnte oder Generationen auf einem anderen Kontinent verbrachten, im Grunde also dieselben Leute wie wir, nur mit einigen angenommenen Kolonialsitten und einem größeren Reichtum, sondern die Amerikaner sind ein neues Volk...Ihr Geschichtsbild, ihr Geschmack, ihre Denkprozesse sind andere als die europäischen. Verständnis zwischen den Völkern***

<sup>54</sup> Wolfgang Ischinger: "Die Zukunft Russlands liegt in Europa" in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.07.2000, S. 12, hier zitiert nach: Friedensgutachten 2001, Kapitel: "Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen", S. 22. Vor dem von den Autoren des Friedensgutachtens 2001 zitierten Satzes hatte Ischinger geschrieben: "Russland will Großmacht sein. Diesen Anspruch wird niemand ernsthaft bestreiten. Aber welche Folgerungen lassen sich aus dieser Feststellung ziehen? Russlands Größe bemisst sich nicht an der Zahl seiner Nuklearsprengköpfe oder seiner Soldaten. Größe resultiert im einundzwanzigsten Jahrhundert vielmehr aus Wirtschaftskraft, Humankapital, einer dynamischen Gesellschaftsordnung, einem international attraktiven Bildungssystem. Großmacht sein kann nicht gleichbedeutend sein mit einem Freibrief für mangelnde Rücksichtnahme auf kleinere. Wenn uns die Erfahrung in Westeuropa eines gelehrt hat, so doch, dass eine stabile Friedensordnung voraussetzt, dass große Staaten die Interessen beziehungsweise Empfindlichkeiten ihrer kleinen Nachbarn berücksichtigen. Von einem amerikanischen Politologen stammt der - durchaus selbstkritisch gemeinte - Satz: "Großmacht sein heißt, nicht lernen zu müssen." Dann folgt das oben erwähnte Zitat. | ▲

<sup>55</sup> Nachlesbar im Archiv der Regierungserklärungen der Bundesregierungen unter [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

***entsteht nicht dadurch, dass der eine die Sprache des anderen lernt, seine Bücher liest, sich auf die Gefühle und Reaktionen besinnt, die allen Menschen gemeinsam sind, Verständnis kann erst dann entstehen, wenn das von Grund auf Andersartige am Gegenüber erkannt und in seinen Wurzeln begriffen wird."***<sup>56</sup>

Um im Sinne von Wolfgang Ischinger zu überzeugen und einzubinden und Partner zu gewinnen, ist es für die europäische und auch die deutsche Außenpolitik wichtig, den Partner zu verstehen. Es ist wichtig zu sehen, dass die USA und Europa eine völlig andere politische Kultur entwickelt haben. Ein zentraler Unterschied zwischen der europäischen und der amerikanischen Außenpolitik besteht in der Frage, inwieweit militärische Mittel angesichts der neuen und neuartigen Gefährdungen, die sich nach dem 11. September 2001 gezeigt haben, die probate Antwort oder auch nur die gebotene Rückversicherung darstellen<sup>57</sup>. Wenn europäische Staaten - wie oben gezeigt wurde - sehr viel weniger für die militärische Verteidigung ausgeben als die Vereinigten Staaten und dem Trend zu weiterer Kürzung hier der zu weiterer Anhebung dort widerspricht, zeigen sich nicht nur unterschiedliche Prioritäten zwischen Innen- und Außenpolitik, die zu beträchtlichen Spannungen zwischen der amerikanischen Administration und den Europäern geführt haben<sup>58</sup>, sondern auch unterschiedliche Gewichtungen zwischen militärischen und nichtmilitärischen Instrumenten der Außenpolitik am Ende des 21. Jahrhunderts<sup>59</sup>.

Für die Europäer stehen in der neuen Phase internationaler Ungewissheiten soziale und wirtschaftliche Probleme an erster Stelle möglicher Ursachen. Deshalb denken sie bei internationalen Krisen zunächst nicht an die Zerschlagung feindlicher Strukturen durch militärische Intervention, sondern an den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen durch wirtschaftliche Unterstützung. Dahinter steht die tiefsitzende Überzeugung, auch

---

<sup>56</sup>) Margaret Boveri: "Amerika-Fibel für erwachsene Deutsche". Berlin, 1946, hier zitiert nach dem wichtigen Werk von Christan Hacke: "Zur Weltmacht verdammt: Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush",. 3., aktualis. Ausg. - München: Berlin : Ullstein-Verl., 2005, S. 71

<sup>57</sup> Dieser zentrale Gedanke findet sich bei: Christoph Bertram: "Partnerschaft und Divergenz: Die amerikanische Außenpolitik und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" in: "Weltmacht ohne Gegner", a.a.O., hier S. 397. Wie weit diese Differenzen reichen, wurde oben am Beispiel der Vereinbarkeit von Bush-Doktrin und Völkerrecht dargestellt, vgl. Fußnote 40.

<sup>58</sup> Vgl. hierzu: Klaus-Dieter Frankenberger: "Fähigkeiten, Fähigkeiten: In Washington findet nur Gehör, wer etwas Substantielles anzubieten hat" in: FAZ vom 09.03.2002, S. 12 sowie: Wolfgang Koydl: "Wut auf die Weichlinge in Europa" in: Süddeutsche Zeitung vom 18.02.2002 unter: [szonnet.diz-muenchen.de/REGIS\\_A13869547](http://szonnet.diz-muenchen.de/REGIS_A13869547) (Registrierung notwendig)

<sup>59</sup> Ich folge in dieser Argumentation dem Gedankengang von Christoph Bertram: "Partnerschaft", a.a.O., s. 397 ff.



**unfreundliche Staaten könnten zu konstruktivem Verhalten ermuntert werden, wenn man nur ihre Interessen beachte und ihre Neigung zur Zusammenarbeit dadurch fördere, dass man sie durch materielle Vorteile belohne. So passt der Begriff "Schurkenstaaten" nicht in ein Weltbild, das vom Bewusstsein der Interdependenz geprägt ist. Dies schließt militärische Eingriffe als Mittel außenpolitischer Interessenwahrung und -beeinflussung nicht aus. Diese werden jedoch vornehmlich als "letztes Mittel" verstanden.**

**Die Vereinigten Staaten haben jedoch andere Gewichtungen vorgenommen<sup>60</sup>. Während die Aufwendungen für internationale Repräsentanz, für Entwicklungshilfe und für internationale Organisationen vom Kongress ständig weiter beschnitten wurden, erfreut sich die politische Unterstützung für höhere Verteidigungsausgaben großer Popularität. Kein Präsidentschaftskandidat will sich vorwerfen lassen, er trete nicht genügend tatkräftig für die Streitkräfte und ihre Belange ein. So ist für die Amerikaner der militärische Reflex bei internationalen Krisen sehr viel stärker als bei den europäischen Verbündeten. Außerdem wurden sie ja aufgrund der Terroranschläge nach dem 11. September 2001 Opfer und verloren das Gefühl der "Unverwundbarkeit"<sup>61</sup>.**

**Dies hat einerseits zu einer beispiellosen Welle von Patriotismus und Einheit im Kampf gegen Terrorismus geführt. Die Nation scharte sich hinter ihren Präsidenten. Jegliche Kritik an Bush hätte von den Terroristen als Schwäche der USA am entschlossenen Handeln der Weltmacht ausgelegt werden können. Andererseits förderte es die "Kreuzzugsmentalität" innerhalb der amerikanischen Administration und die Fixierung auf militärische Konfliktlösungen. Dies kommt dem einfachen Weltbild des derzeitigen amerikanischen Präsidenten zwar entgegen, verkennt aber, dass diese unterschiedlichen Politikulturen in den USA auf eine lange Tradition zurückblicken können<sup>62</sup>. Es gehört zum festen Bestandteil der amerikanischen Identität, zur Weltmacht mit**

---

<sup>60</sup> wie beispielhaft durch die oben dargestellte Bush-Doktrin deutlich wird.

<sup>61</sup> Vgl. zum Gefühl der "absoluten Sicherheit" der Amerikaner aufgrund ihrer insularen Position: Christian Hacke: Zur Weltmacht verdammt: Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush.- 3., aktualis. Neuausg. – München: Ullstein, 2005, .. Dieses Gefühl der "absoluten Sicherheit" hatten die Amerikaner aber nicht erst seit dem 11.09.2001, sondern schon seit Dezember 1941 und dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour verloren. Vgl. hierzu S. 40: "Das Zeitalter der absoluten Sicherheit war vorüber." Das Buch von Hacke enthält - insbesondere in seiner Einleitung - wichtige Passagen zu den historischen Grundlagen und wichtigsten Antriebsfaktoren der amerikanischen Außenpolitik, vgl. S. 43-60 |

<sup>62</sup> ebd., Kapitel: „Die innenpolitischen Grundlagen der Außenpolitik, S. 40-46, hier S. 43-46. Hackes aktualisierte Neuauflage stellt m.E. – besonders im Einleitungskapitel über die Grundlagen der Außenpolitik – das aktuellste und beste deutschsprachige Einführungswerk zu diesem Thema dar.

**Vorbildfunktion bestimmt zu sein. Bereits der erste Präsident, George Washington, hatte in seiner Abschiedsbotschaft erklärt: *"If we remain one people, under an efficient government, the period is not far off, when we may defy material injury from external annoyance; when we may take such an attitude as will cause the neutrality, we may at any time resolve upon to be scrupulously respected; when belligerent nations, under the impossibility of making acquisitions upon us, will not lightly hazard the giving us provocation; when we may choose peace or war, as our interest guided by justice shall counsel"*<sup>63</sup>.**"

**Washingtons hehre und idealistische Ansprüche erweckten bei europäischen Beobachtern ungläubiges Staunen ob so viel Naivität und überzogener Selbstgerechtigkeit. Dennoch schafften es die USA, zur Super- und Hegemonialmacht des 20. Jahrhunderts aufzusteigen; dieses Jahrhundert wird auch als das "amerikanische Jahrhundert" bezeichnet<sup>64</sup>. Auch die Rhetorik von George W. Bush lässt Anklänge an diese obigen Eigenschaften erkennen, so in seiner Botschaft an den amerikanischen Kongress vom 29. Januar 2002<sup>65</sup>: "History has called America and our allies to action, and it is both our responsibility and our privilege to fight freedom's fight." Das wiedergefundene Selbstbewusstsein der USA nach dem Sieg über die Taliban und dem zweiten Irak-Krieg, das hinter den Drohungen ihres Präsidenten aufscheint, hat weltweit zu Irritationen und Verärgerung geführt und zu den oben von Maurer skizzierten Gegenreaktionen geführt.<sup>66</sup>**

**Nun wurde Amerika periodisch von moralischen Aufwallungen heimgesucht, das Böse in der Welt zu bekämpfen oder gar auszurotten<sup>67</sup>. Es ist auch keineswegs nur die religiöse Rechte oder das konservative Amerika der kleinen Leute, auf das sich Bush berufen kann (wenn diese auch - wie Harald Müller gezeigt hat<sup>68</sup> - die soziologischen Schichten sind, die dieses vereinfachte ideologische Weltbild teilen und die Republikaner als Träger dieses Gedankengutes wählen), sondern nach dem 11. September auch führende Intellektuelle. Diese veröffentlichten im Februar einen**

---

<sup>63</sup> vgl. hierzu: Gebhard Schweigler: "Globalisierung und Außenpolitik: Identität und Interdependenz" in: "Weltmacht ohne Gegner", a.a.O., insbesondere Kapitel 1.: Auswärtige Politik und amerikanische Identität, S. 21-23. Zitat ebd., S. 22

<sup>64</sup> ebd., S. 21. Schweigler zitiert diesen berühmten Artikel von Henry R. Luce vom Februar 1941.

<sup>65</sup> Vgl. die Ansprache des Präsidenten vor dem amerikanischen Kongress am 29. Januar 2002, vgl. unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>

<sup>66</sup> Mauer, a.a.O., vgl. Anmerkung 46

<sup>67</sup> vgl. hierzu auch: Christian Hacke: Zur Weltmacht verdammt, a.a.O.. Hier vgl. insbesondere die Einleitung und die Kapitel: Die historischen Grundlagen der Außenpolitik: Thomas Jefferson und Alexander Hamilton sowie: Die wichtigsten Antriebsfaktoren der amerikanischen Außenpolitik, S.53-72.

<sup>68</sup> Etwa hier: Harald Müller: Amerikanischer Unilateralismus: Ein Weltordnungsproblem, a.a.O., S. 4

**offenen Brief: "Wofür wir kämpfen - ein Brief aus Amerika.<sup>69</sup>"  
Gemeinsam definieren die Unterzeichner - rechte, aber auch eher  
"linke" Intellektuelle wie Francis Fukuyama, Samuel Huntington,  
Michael Walzer oder Amitai Etzioni den "Feind": "radikale  
Islamisten<sup>70</sup>**

**Der letzte sogenannte „große Vereinfacher“ vor Bush - der sich zur  
Zeit einer Zustimmungsrate von über 80% seiner Landsleute  
sicher sein kann - war Ronald Reagan, der 1983 zum Entsetzen der  
Europäer die damalige Sowjetunion als "Reich des Bösen"  
anprangerte<sup>71</sup>. Ganz gezielt spielte Bush mit seiner "Achse des  
Bösen" auf diesen Vorgänger an<sup>72</sup>. Von Reagan lernte Bush, wie  
wichtig es für einen Präsidenten ist, große Ziele zu setzen und in  
religiös angehauchte, pathetische Worte zu fassen<sup>73</sup>. Dass diese  
Metapher zu Entsetzen in Europa führte, ficht Bush nicht an. Er ist  
- und dies scheint mir wichtig für das Verständnis der  
amerikanischen Politik zu sein - das genaue Gegenteil eines  
europäischen Politikers<sup>74</sup>**

**1946 in New Heaven (Connecticut) geboren<sup>75</sup>, kommt er aus einer  
Familie, die seit langem Politik als eine wertvolle Berufung  
ansieht. Traditionell erzogen, verbrachte er einen Großteil seiner  
Kindheit in Midland (Texas). Diese Stadt sieht er immer noch als  
seine Heimatstadt an. Er hatte eine glückliche Kindheit und liebte  
Sport. Traditionell erzogen, schickten ihn die Eltern im Herbst  
1961 an die Philips Academy in Andover (Massachusetts), eine  
der renommiertesten Colleges in den USA. Nach seinem Abschluss  
in Andover im Jahre 1964 ging Bush an die Yale University in  
Connecticut, die er im Mai 1968 mit Geschichte als Hauptfach  
abschloss. Beruflich war er wenig erfolgreich und studierte von  
1973 bis 1975 zusätzlich Betriebswirtschaft an der Harvard  
Business School in Cambridge (Massachusetts). 1977 heiratete er  
seine Frau Laura und kandidierte im selben Jahr erfolglos für  
einen Sitz im amerikanischen Repräsentantenhaus. Eine von ihm  
gegründete Ölfirma ging pleite und wurde 1986 von einer**

---

<sup>69</sup> Spiegel-Artikel: "Die Herren der Welt", a.a.O., S. 157

<sup>70</sup> ebd. Mittlerweile hat sich Fukuyama aber – wie er in seinem neuen Buch: „Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg?“ Berlin: Propyläen-Verl., 2006 verdeutlicht, von der Politik der Bush-Administration distanziert (vgl. Vorwort, S. 7-12) und er plädiert mittlerweile für eine „andere US-Außenpolitik“ (ebd. Kapitel 7), die er als „realistischen Wilsonianismus“ bezeichnet und die die Achtung vor Internationalen Organisationen, wie der UN, zu ihrem Prinzip macht.

<sup>71</sup> Spiegel-Artikel: „Die Herren der Welt“, a.a.O., S. 157

<sup>72</sup> ebd.

<sup>73</sup> ebd.

<sup>74</sup> Dieser zentrale und für diesen Aufsatz wichtige Gedankengang findet sich in dem obigen Spiegel-Artikel: "Die Herren der Welt", a.a.O. Ich teile ihn und übernehme diese wichtige These für meine eigene Argumentation

<sup>75</sup> Ich halte mich hier an die von der US-Botschaft veröffentlichte Biografie des Präsidenten, abrufbar unter [www.usembassy.de/bush/bushbio\\_d.htm](http://www.usembassy.de/bush/bushbio_d.htm) , hier zit. S. 7

**größeren Firma aufgekauft. Bush junior half dann seinem Vater im angehenden Präsidentschaftswahlkampf 1988.**

**Nach dem Sieg seines Vaters bei den Wahlen kaufte er - ein leidenschaftlicher Basketballspieler - mit einer Gruppe vermögender Investoren die Texas Rangers, eine Profi-Baseballmannschaft. Er und ein weiterer Investor wurden beauftragt, das tagtägliche Management der Mannschaft zu übernehmen. Da sein Kompagnon nicht gerne Reden hielt und medienscheu war, nutzte Bush die Gelegenheit, sich zu "verkaufen". Er wurde bekannt und zu einer prominenten Figur in Texas. 1993, nach der Abwahl seines Vaters als US-Präsident, entschloss er sich, für ein Amt zu kandidieren - diesmal für das Amt des Gouverneurs von Texas.**

**Er siegte über die demokratische Amtsinhaberin. Hier setzte er dann seine Überzeugungen durch, die ihn auch als Präsident auszeichnen: er setzte sich für die zwei größten Steuersenkungen in der Geschichte von Texas in Höhe von drei Milliarden Dollar ein. Mit Hilfe seines Vizepräsidenten Cheney setzte er auch als neugewählter US-Präsident ein Steuersenkungsprogramm durch. In seiner sechsjährigen Amtszeit als Gouverneur von Texas zeichnete er 152 Hinrichtungen ab. Er schaffte die Strafaussetzung für gewalttätige erwachsene Straftäter in Texas ab und senkte das Alter, ab dem gewalttätige Jugendliche strafrechtlich als Erwachsene behandelt werden können. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wurde gesenkt, indem sie zur Arbeit verpflichtet wurden und der für den Empfang von Sozialhilfeleistungen mögliche Zeitraum gekürzt wurde. Er konzentrierte sich auch auf die örtliche Kontrolle der Schulen und setzte höhere Standards und die Umschreibung des Lehrplanes durch.**

**Nach seiner Wahl legte Bush seinen Anteil an den Texas Rangers in einem Treuhandfonds an und gab seine Pflichten als Manager auf. Die Baseballmannschaft wurde später an einen Geschäftsmann aus Dallas verkauft. 1998 kandidierte Bush wieder für das Amt des Gouverneurs und wurde mit 69% der Stimmen wiedergewählt. 2000 kandidierte er für das Präsidentenamt und gewann - nach einer präzedenzlosen juristischen Auseinandersetzung mit seinem demokratischen Gegenkandidaten Gore. Erst aufgrund eines Urteils des Obersten Amerikanischen Gerichtes wurde am 13.12.2000 sein Sieg vom 08.11.2000 bestätigt. Am 20. Januar 2001 wurde er als amerikanischer Präsident vereidigt.**

**Innenpolitisch setzt er sich für eine Reduktion der Aufgaben des Staates ein, der sich auf seine Kernbereiche konzentrieren soll **

**<sup>86</sup>. Die Amerikaner könnten sich nicht auf die Bundesregierung**

verlassen, um alle Probleme der Gesellschaft zu lösen. Sie müssten bereit sein, ihren Mitbürgern zu helfen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Reagan redet er jedoch einem "mitfühlenden Konservatismus" das Wort:

***"Wir leben in einer Zeit unermesslichen Wohlstands. Aber in diesem Überfluss gibt es Not. Am Rande der wohlhabenden Gemeinden gibt es diejenigen, die im Schatten des Wohlstandes leben. Die gleiche Wirtschaft, die für Millionen Amerikaner ein Wunder ist, ist für Millionen auch ein Geheimnis. Unsere Zeitungen und Fernsehprogramme loben und porträtieren die Gewinner unserer Hightechwirtschaft. Aber wir dürfen nie zu einer Gesellschaft werden, in der die Gewinner alles bekommen. Unsere Wirtschaft muss auch die harte Arbeit in der Fabrik und auf dem Feld, die Kellner und Taxifahrer honorieren - nicht nur den Unternehmergeist, sondern die schiere Anstrengung, nicht nur Technologie, sondern Plackerei. Man wird von unserer Zeit sagen, dass wir wohlhabend waren. Aber man soll auch einmal von uns sagen, dass wir unseren Wohlstand klug genutzt haben. Wir investieren unseren Wohlstand sinnvoll. Wir öffneten die Tore der Chancen. Und alle wurden vollständig im Versprechen des amerikanischen Lebens willkommen heißen."<sup>76</sup>***

Außenpolitisch schrieb der Präsidentschaftskandidat das, an was er sich als Präsident offenbar nicht hält<sup>77</sup>:

***"Die Welt blickt auf die Vereinigten Staaten als führende Nation. [Sie] sucht nach einer Führungsrolle in einem Land, dessen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit sind. Wir sollten unsere Führungsrolle nicht arrogant wie ein Big Brother ausüben, sondern einladend und willkommen heißend wie eine große und noble Nation. Wir haben eine individuelle Verantwortung gegenüber unseren Familien und Gemeinden und eine kollektive Verantwortung als Bürger der größten freien Nation der Welt. Amerika darf sich nicht in seine Grenzen zurückziehen. Unser großartigster Exportartikel ist die Freiheit, und wir haben eine moralische Verpflichtung, sie in der ganzen Welt zu verteidigen"<sup>78</sup>.***

Kennzeichnend ist für mich hier die oben erwähnte Mischung aus Idealismus und Selbstgerechtigkeit<sup>79</sup>. Wie Hohn - so schrieb der "Spiegel" zu recht<sup>80</sup> muss den Europäern inzwischen das

<sup>76</sup> ebd.

<sup>77</sup> ebd.

<sup>78</sup> Zit. ebd. S. 7

<sup>79</sup> vgl. Hacke, a.a.O., Kapitel: "Idealismus versus Realismus", S. 64-68.

<sup>80</sup> Spiegel-Artikel: „Die Herren der Welt“, a.a.O., S. 163

Versprechen des damaligen Präsidentschaftskandidaten erscheinen, der - auf das Misstrauen eingehend, welches er auf der anderen Seite des Atlantiks verspürte -, sagte: *"Wenn wir uns in Notfällen auf sie verlassen wollen, müssen wir die Alliierten auch dann respektieren, wenn wir ihre Hilfe nicht benötigen. Schließlich sind es Partner und keine Satellitenstaaten"*<sup>81</sup>. Diese Äußerung verwendeten im Jahre 2002 Bundesaußenminister Fischer und Chris Patten, Brüssels damaliger Kommissar für Außenpolitik, gegen den Präsidenten. Es "krachte" im atlantischen Bündnis. Hier findet offenbar ein Zusammenstoß zweier politischer Kulturen statt. Bush stellt - wie bereits erwähnt - im Gegensatz zu seinem Vater - in allem das Gegenteil eines europäischen Politikertyps dar. Hier treffen die Grunderkenntnisse von Margaret Boveri über die Amerikaner zu, die als Einleitungsmotto zu diesem Kapitel bereits oben zitiert wurden und deren Worte ich aufgrund ihrer Wichtigkeit wiederhole: *"Die Amerikaner sind nicht Europäer, die zufällig ein paar Jahrzehnte oder Generationen auf einem anderen Kontinent verbrachten, im Grunde also dieselben Leute wie wir, nur mit einigen angenommenen Kolonialsitten und einem größeren Reichtum, sondern die Amerikaner sind ein neues Volk...Ihr Geschichtsbild, ihr Geschmack, ihre Denkprozesse sind andere als die europäischen. Verständnis zwischen den Völkern entsteht nicht dadurch, dass der eine die Sprache des anderen lernt, seine Bücher liest, sich auf die Gefühle und Reaktionen besinnt, die allen Menschen gemeinsam sind, Verständnis kann erst dann entstehen, wenn das von Grund auf Andersartige am Gegenüber erkannt und in seinen Wurzeln begriffen wird."*<sup>82</sup> Zum Verständnis der Politik der derzeitigen Administration als Voraussetzung dafür, gemeinsame Lösungen und Annäherungen zu schaffen (wozu gegenseitiges Verständnis gehört), sind diese Ausführungen notwendig und wichtig.

Aus dem oben gesagten wird auch verständlich, dass die Administration nach dem 11. September völlig andere Lösungsvorstellungen hat als die - vorsichtigen - Westeuropäer. Nach dem siegreichen Waffengang in Afghanistan sind die USA nicht einmal bereit, sich die Einwände der Europäer gegen den scharfen US-Kurs gegen terroristische Staaten auch nur anzuhören und konnten sich ein rüdes "piss of" oft nur mit Mühe verkneifen<sup>83</sup>. Die "Wut auf die Weichlinge in Europa" - so ein Artikel aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 19.02.2002<sup>84</sup> wird aufgrund der

---

<sup>81</sup> ebd. sowie: vgl.: Christian Wernicke: Amerika kämpft, Europa bezahlt in: Süddeutsche Zeitung vom 18.02.2002, abrufbar unter: [szonnet.diz-muenchen.de/REGIS\\_A13865219](http://szonnet.diz-muenchen.de/REGIS_A13865219) (Registrierung notwendig)

<sup>82</sup> Margaret Boveri: "Amerika-Fibel für erwachsene Deutsche". Berlin, 1946, a.a.O., zit. nach: Hacke, a.a.O., S. 71

<sup>83</sup> Spiegel-Artikel: „Die Herren der Welt“, a.a.O., S. 163

<sup>84</sup> Abrufbar unter : [szonnet.diz-muenchen.de/REGIS\\_A138699547](http://szonnet.diz-muenchen.de/REGIS_A138699547) (Registrierung notwendig)



obigen Äußerungen verständlicher, wenn sie meines Erachtens auch unangebracht und falsch sind. Dazu gehört auch, dass nur derjenige Einfluss in Washington hat, der etwas Substantielles anzubieten hat, wie Klaus-Dieter Frankenberger in der FAZ korrekt bilanzierte<sup>85</sup>. Die Kluft der Militärausgaben zwischen Amerika und Europa ist - wie oben gezeigt wurde - sehr hoch und wird immer breiter und tiefer<sup>86</sup>. Dass die Europäer ihren technologischen Rückstand je aufholen, gilt unter Nato-Fachleuten als ausgeschlossen<sup>87</sup>.

***"Wenn die Entwicklung so weiterläuft wie bisher, dann geht...verloren, was zur militärischen Substanz der Nato gehört: die Interoperabilität zwischen den europäischen und den amerikanischen Streitkräften...Wer dann noch von europäischen Einfluss auf die amerikanische Sicherheits- und Weltpolitik redet, der ist entweder ein Träumer oder ein Ignorant, der nicht zur Kenntnis nehmen will, dass nur derjenige in Washington Gehör findet, der etwas anzubieten hat und auf die Beine zu stellen vermag. "Wenn die Europäer unglücklich mit der Rolle sind, die sie gegenwärtig...spielen, dann müssen sie mehr in ihre militärischen Fähigkeiten investieren", bringt Präsident Bushs damaliger stellvertretender und heutiger Sicherheitsberater Hadley die Sache auf den Punkt. "Fähigkeiten sind nun einmal von Belang." Der damalige Nato-Generalsekretär Robertson sah die Europäer vor eine ebenso einfache wie dramatische Wahl gestellt: Sie könnten wählen zwischen ihrer "Modernisierung oder Marginalisierung."<sup>88</sup>"***

Dies sind unangenehme Wahrheiten aber sie sind zum Verständnis der Position der amerikanischen Regierung notwendig. Wer die Musik bestellt, zahlt auch. Bei aller Berechtigung der Kritik der Europäer an "Amerikas Hochmut" (Christian Wernicke)<sup>89</sup> - müssen die Europäer offen sein für die amerikanische Kritik daran, dass sie ihre Verteidigungsausgaben nicht erhöhen und sich darüber im

<sup>85</sup> ) Klaus-Dieter Frankenberger: "Fähigkeiten, Fähigkeiten" in: FAZ vom 09.03.2002, S. 12

<sup>86</sup> Derzeit geben die USA – inflationsbereinigt – rund 4,0% ihres Bruttoinlandproduktes für Militärausgaben aus, Großbritannien rund 2,8%, Frankreich 2,6%, Australien 1,9%. Erst danach folgt Deutschland mit rund 1,4%, gefolgt von Spanien mit 1,1%. (Der Spiegel 37/2006). Laut Bundeskanzlerin Angela Merkel gibt Deutschland, gemessen am Bruttosozialprodukt, weniger für die Armee aus als Finnland. „Eine deutsche Regierung kann jetzt nicht sagen: In den nächsten Jahrzehnten bitte keine neuen Konflikte, weil wir uns das nicht leisten können.“ Der Verteidigungshaushalt 2007 soll daher um 500 Millionen Euro auf rund 28,4 Milliarden Euro erhöht werden. Dennoch reicht diese Erhöhung – gemessen an den Anforderungen für die Bundeswehr – nicht aus. (vgl. FAZ vom 07.09.06: „Merkel will mehr Geld für Verteidigung ausgeben“ sowie ein dort zitiertes Interview mit Frau Merkel in der Wochenzeitung: „Die Zeit“ vom 07.09.2006)

<sup>87</sup> Spiegel-Artikel: "Die Herren der Welt", a.a.O., S. 167 sowie: Klaus-Dieter Frankenberger: "Fähigkeiten, Fähigkeiten", a.a.O.

<sup>88</sup> Klaus-Dieter Frankenberger: "Fähigkeiten, Fähigkeiten", a.a.O. | ▲

<sup>89</sup> Christian Wernicke: "Amerika kämpft, Europa bezahlt" in: Süddeutsche Zeitung, a.a.O

klaren sein, dass sie, wenn sie die Option "Marginalisierung" wählen (Robertson) in Washington ihren Einfluss völlig verlieren - auch wenn diese Entscheidung gegen höhere Rüstungsausgaben - wie oben gezeigt - auf einem anderen Politikverständnis und den daraus folgenden unterschiedlichen Gewichtungen zwischen militärischen und nicht-militärischen Instrumentarien der Außenpolitik (Christoph Bertram)<sup>90</sup> beruht.

Dass sich hieraus neue Belastungen für die Allianz ergeben, ja sie gar- wie oben gezeigt wurde - aus Sicht der Amerikaner, wie etwa des einflussreichen Senators Richard Lugar "irrelevant" werden kann - ist offensichtlich. Nochmals: nur ein beiderseitiges Verständnis der gegenseitigen Motive des Handelns und konsequente Befolgung der oben zitierten drei Gebote von Wolfgang Ischinger (Überzeugen - Einbinden - Partner gewinnen) können helfen, Gemeinsamkeiten zu bewahren und die "tiefe Kluft" (Spiegel)<sup>91</sup> zwischen Amerikanern und Europäern nicht noch größer werden zu lassen. Welche Konsequenzen hat diese Entwicklung für die deutsche und europäische Außenpolitik? Dies werde ich im nächsten Kapitel untersuchen.

### **3.2. Konsequenzen für die deutsche und europäische Außenpolitik**

*"Es ist wichtiger zu überzeugen, als zu drohen, es ist wichtiger, einzubinden, als zu beherrschen, es ist wichtiger Partner zu gewinnen als Gegner in Schach zu halten. Das sind die Gebote des 21. Jahrhunderts".  
Wolfgang Ischinger<sup>92</sup>*

Die deutsche Außenpolitik steht an einem Scheideweg. Einerseits ist es nach den schrecklichen Terroranschlägen vom 11. September 2001 wichtiger denn je, dass die Staatengemeinschaft sich als Weltgemeinschaft begreift und zusammensteht. Andererseits lassen sich seit diesem Zeitpunkt - wie oben geschildert - verstärkt hegemoniale Tendenzen in den Vereinigten Staaten ausmachen und - wie Werner Link dies zu recht getan hat - von einer quasi-unipolaren Machtverteilung im gegenwärtigen Weltsystem mit dem Hegemon USA sprechen<sup>93</sup>.

<sup>90</sup> Christoph Bertram: "Partnerschaft und Divergenz: Die amerikanische Außenpolitik und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen", a.a.O., S. 397

<sup>91</sup> Fazit des obigen Spiegel-Artikels: "Die Herren der Welt", a.a.O., S. 163

<sup>92</sup> Wolfgang Ischinger: Die Zukunft Russlands liegt in Europa, a.a.O

<sup>93</sup> Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, a.a.O., S. 130 ff. Man kann meines Erachtens sogar sagen, dass die brutalen und nicht zu rechtfertigenden Anschläge vom 11. September 2001 genau aus diesem Grunde auf die militärischen und wirtschaftlichen

**Stefan Kornelius fand in der "Süddeutschen Zeitung" vom 11.03.2002 folgende bemerkenswerte – und auch nach dem Ende des Irak-Krieges gültige und immer noch zutreffende Worte: "Sechs Monate nach den Terroranschlägen von New York und Washington prägen Krieg und Militär die Außenpolitik...Der Regierung Bush wird im Nahen Osten mit aller Brutalität vorgeführt, dass Stärke allein nicht ausreicht, um Sicherheit zu schaffen...[Scharons] Strategie der militärischen Dominanz und gewaltsamen Unterdrückung ist kläglich gescheitert. Sie hat nur noch mehr Hass produziert, der jeden politischen Kompromiss vereitelt. Amerika selber musste...diese Erfahrung bisher nicht erleiden. Vor allem nach dem erstaunlich schnellen und erfolgreichen Feldzug gegen die Taliban und deren Subunternehmer al-Qauida schienen die Gefahren uneingeschränkter Macht in Vergessenheit geraten zu sein. Nun bekommt die Regierung Bush eine Ahnung, wie nahe Triumph und Tragödie beieinander liegen können[...] Nach dem 11. September ist jedoch alle Außenpolitik auch Innenpolitik [Hervorhebung von mir; B. N.] Mehr noch: Bush junior wird seine Wiederwahl gerade der Außenpolitik verdanken. Zweitens: Die USA genießen eine Machtfülle wie selten zuvor in ihrer Geschichte. Die militärische Dominanz ist atemberaubend. Stärke und Selbstüberschätzung liegen aber nah beieinander. Und drittens hat die politische Elite des Landes noch kein Konzept entwickelt, wie sie mit dieser Machtfülle auf Dauer umgehen will...Dies kann zu überraschenden Wendungen führen, wie eben jetzt im Nahen Osten. Die Terror-Flieger haben also Kräfte entfesselt, die auch sechs Monate später in ihrer Wirkung nicht zu kalkulieren sind...."<sup>94</sup>**

**Harald Müller, Ernst O. Czempiel und Antje Vollmer<sup>95</sup> haben hier ähnliche Konzepte entwickelt, die an die Thesen von Hanns W. Maull, Deutschland solle sich als Zivilmacht begreifen<sup>96</sup>, anschließen. Ich referiere einige dieser Lösungsvorschläge und empfehle sie als Handlungsoptionen für die Deutsche Außenpolitik. . Allerdings bin ich - wie Werner Link - trotz aller Globalisierungstendenzen davon überzeugt, dass Staaten oder**

"Zentren" der USA - und nicht gegen ein anderes Land - unternommen wurden, weil die Terroristen mit allen Mitteln gegen diese von Ihnen als feindliche Hegemonialmacht wahrgenommene USA vorgehen wollten; die Terroristen also den Status der USA als "Hegemonialmacht" als ideologische Rechtfertigung für ihre verbrecherischen Anschläge benutzten. Außerdem rechneten sie in ihrer Verblendung mit Zustimmung der durch die proisraelische Politik der Bush-Administration verstimmt arabischen Staaten. Diese Rechnung ist - wie das Zustandekommen der Anti-Terror-Koalition beweist - glücklicherweise nicht aufgegangen.

<sup>94</sup> Stefan Kornelius: Im Strudel der Gewalt: In: Süddeutsche Zeitung vom 11. März 2002, S. 4.

<sup>95</sup>) Harald Müller: Amerikanischer Unilateralismus: Ein Weltordnungsproblem, a.a.O., Ernst-Otto Czempiel: Kluge Macht: Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, a.a.O., Antje Vollmer: Lehren aus dem 11. September in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.03.2002, S. 8

<sup>96</sup> Siehe oben, Fußnote 35

**Staatengruppierungen und nicht "Weltgesellschaft" oder "Gesellschaftswelt" - noch - die Politik bestimmen<sup>97</sup>. Dem Plädoyer von Link nach einer kooperativen und nicht antagonistischen Balancepolitik, wie sie etwa die EU betreibt<sup>98</sup> schließe ich mich ausdrücklich an. Ich teile auch seine wesentlichen - in der dritten Auflage seines Buches vorgelegten -Grundthesen, von denen ich hier einige wiedergebe:**

- **In der Internationalen Politik entscheiden und handeln konkrete Staaten oder Staatengruppen und keine fiktiven Staatengemeinschaften, Weltgesellschaften oder Gesellschaftswelten. Die schrecklichen Ereignisse des 11. September können diese These meiner Meinung nach nicht widerlegen, sondern lediglich modifizieren: dass Terroristen - und kein Staat an sich - den Angriff auf das World-Trade-Center ausgeführt haben, stellt für mich keinen erkennbaren Widerspruch gegen diese These dar, sondern modifiziert diese nur in dem Sinne, dass Staaten in der Regel die handelnden Akteure sind oder andere Akteure (etwa Terroristen) in ihrem Handeln unterstützen und decken. Die Gruppe Al-Quaida konnte nur agieren, weil sie in Afghanistan ein "Rückzugsgebiet" besaß und von dort aus operieren konnten; also in ihren Aktionen durch einen anderen Staat unterstützt wurden. Terroristenführer Osama Bin Laden soll ja mit dem Chef der Taliban, Mullah Omar, verwandt sein.<sup>99</sup> Spätestens seit der Weigerung der Taliban,**

---

<sup>97</sup> Es ist interessant, dass auch ausgesprochene Kritiker dieses "neorealistischen" Denkansatzes, der Staaten und nicht gesellschaftliche Interessenten als die entscheidenden Handlungsakteure in der Weltpolitik sieht, diesen Gedanken nicht völlig ablehnen. So schreibt Jürgen Hartmann in seinem Buch: "Internationale Beziehungen" a.a.O., auf S. 58: "Auch wenn leichthin akzeptiert werden mag, dass nicht nur Staaten in der Welt interagieren, sondern auch gesellschaftliche Akteure, bleibt doch immer noch die Beobachtung, dass eine dem Staat gleichwertige politische Autorität als Regelgarant in den IB [Internationale Beziehungen; B. N.] fehlt ... Es läuft freilich darauf hinaus, den Staat als Gestalter politischer Lösungen in den IB letztlich doch höher zu bewerten als die gesellschaftlichen Interessenten ... Die IB sind in ihrer ganzen Vielschichtigkeit an die Staaten gebunden. "Hartmann ist ansonsten ein ausgesprochener Kritiker des auf den Staat als einzigen Handlungsakteurs fixierten (neo-)realistischen Politikansatzes, zu deren Vertretern Link gezählt wird. Nichtsdestotrotz kann - wie in Fußnote 9 aufgezeigt wird - im Zeitalter der Globalisierung eine Zunahme des Einflusses "außerstaatlicher" Institutionen festgestellt werden, wie Michael Zürn zurecht festgestellt hat (s.o., Fußnote 9). Insbesondere Gert Krell hat in seinem hervorragenden Werk: "Weltbilder und Weltordnung" : Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges., 2000 die Debatte über den Bedeutungsverlust des Staates gut zusammengefasst (Kapitel 3.6. "Zum Bedeutungsverlust des Staates", S. 63/64, Literaturhinweise zu dem Thema auf S. 71/72). | ▲

<sup>98</sup> ) Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, a.a.O., S. 137 und S. 169

<sup>99</sup> Zu Person von Osama Bin Laden vgl.: Michael Pohly; Khalid Duran: Osama bin Laden und der internationale Terrorismus. München: Econ Ullstein List Verl., 2001 sowie: Ahmed Rashid: Taliban: Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad. München: Droemer Knaur, 2001.

**Bin Laden auszuliefern, machten sie sich meines Erachtens mitschuldig an diesem Verbrechen und "deckten" es hiermit.**

- **Die Vereinten Nationen haben bisher kein Gewaltmonopol. Dies wird von den USA abgelehnt. Diese haben gegen Jugoslawien im Verein mit den anderen NATO-Staaten – und später im Irak gegen den ausdrücklichen Willen des UN-Sicherheitsrates - militärische Gewalt eingesetzt, was ich sehr bedenklich finde, wie Czempiel<sup>100</sup>, auch wenn die Position der USA, sich in ihre „Sicherheit“ nicht von außen hineinreden zu lassen, nach den Ereignissen des 11.09.2001 nachvollziehbar und verständlich ist und die Entscheidungsfindung der UN m.E. einer dringenden Korrektur bedarf, da das Veto eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrates diesen lähmen kann.**
- **Die machtpolitische Logik der internationalen Politik ist stärker als idealistische Konzepte (etwa des Pazifismus, was besonders die Grünen seit ihrer Regierungsbeteiligung 1998 mühsam lernen mussten.)**
- **Die Erfahrung hegemonialer Politik ruft (wenn der Kitt der gemeinsamen vitalen Sicherheitsbedrohung und damit die Ratio hegemonialer Akzeptanz nicht mehr bestehen) eine Gegenmachtpolitik der "geführten" Staaten hervor. Die bestimmende Rolle der USA bei der NATO-Intervention wirkte nachweisbar als "Katalysator" (Scharping) für die Konzeption einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**
- **Wenn die formellen kollektiven Führungsgremien (wie der UN-Sicherheitsrat bzw. dessen "Fünfer-Club", die permanenten Mitglieder) von einer Großmacht oder von mehreren Großmächten blockiert werden, nutzen die großen Mächte ad hoc informelle Gremien kollektiver Führung, wie die Gruppe der Acht (G 8) bei der "Beendigung des Krieges" gegen Jugoslawien. Die Konfliktregulierung kann dann anschließend durch die UN formal legitimiert werden.**

**Link liefert hier eine realistische Beschreibung der bisher betriebenen Weltpolitik. Auch seine Schlusseinschätzung erscheint mir korrekt. Er schreibt: *"Die USA zeigen sich - was die außenpolitische Führungselite anbelangt - weiterhin entschlossen, ihre Position als globale Zentralmacht zu erhalten und weltpolitische Führung auszuüben, bei Wahrung ihrer Entscheidungsfreiheit...Sie findet aber immer weniger Akzeptanz für eine unilaterale Politik. Ein ungefähres multipolares Gleichgewicht, das tendenziell die Kooperation fördert, wird von den Konkurrenten und Partnern der USA angestrebt, ist aber***

---

<sup>100</sup> vgl. Ernst-Otto Czempiel: "Kluge Macht", a.a.O., hier S. 160

**heute nur ansatzweise realisiert. In diesem Sinne bewegt sich die gegenwärtige und (in mittelfristiger Perspektive) vermutlich auch die zukünftige Weltpolitik im Spannungsfeld zwischen Hegemonie und Gleichgewicht<sup>101</sup>."**

**Diese Beschreibung hat sich - wie in den obigen Kapiteln dargelegt - auch nach dem 11. September bestätigt. Welchen Weg soll nun die Deutsche Außenpolitik gehen? Ich entwickle hier neun Thesen, wobei ich mich - sofern ich die Thesen übernommen und nicht selber entwickelt habe - den Lösungsvorschlägen der Autoren, von denen die Thesen stammen (dies sind entweder Harald Müller, Ernst Otto Czempiel oder Antje Vollmer) anschließe.**

- 1. Im Dialog mit der amerikanischen Regierung müssen die Deutschen (und die Europäer) deutlicher als bisher ihr Interesse an einer Stärkung internationaler Institutionen zur Geltung bringen. Es muss Washington klar werden, dass es sich mit seiner Politik der Stärke auch von seinen engsten Verbündeten isoliert und dass Gefolgschaft verweigert wird und politische Konfrontation in den Bereich des Möglichen rückt, wenn Prinzipien des Multilateralismus und Grundsätze des Völkerrechts dauerhaft verletzt werden<sup>102</sup>.**
- 2. Gewalt erzeugt Gegengewalt und darf nur im Notfall angewendet werden. Sie kann nur im Rahmen des Legitimierungsmonopols der Internationalen Organisationen erfolgen. Darin steckt nicht nur eine Rechtsnorm, sondern auch eine Erfolgsvoraussetzung. Der Gewalteinsatz muss von den Betroffenen auch akzeptiert, sein Ergebnis in ihrem Verhalten umgesetzt werden. Das wird niemals leicht, aber völlig unmöglich dann sein, wenn die Gewalt nur von einem westlichen Expeditionskorps beschlossen und ausgeübt wird<sup>103</sup>. Allerdings ist auch klar: Wenn die Aggressivität eines Staates (Hitler, Saddam Hussein) durch keine noch so elaborierte Strategie aufgehalten werden kann, muss Gegengewalt eingesetzt werden. Der irakische Überfall auf Kuwait gab einen solchen exemplarischen Fall ab. Auch die Reaktion war exemplarisch. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stellte einen Friedensbruch fest und ermächtigte eine Koalition von Staaten, "alle notwendigen Mittel zu benutzen, um...den internationalen Frieden und die Sicherheit in der Region wiederherzustellen." Diese Politik stand also in schroffem Gegensatz zu der Politik des „Zweiten Irak-Krieges“, der bewusst gegen den Willen des**

---

<sup>101</sup> Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, a.a.O., S. 173

<sup>102</sup> Harald Müller: Amerikanischer Unilateralismus: Ein Weltordnungsproblem, a.a.O., S. 7

<sup>103</sup> Ernst-Otto Czempiel: Kluge Macht, a.a.O., S. 158



**UN-Sicherheitsrates geführt wurde<sup>104</sup> Das Scheitern der westlichen Appeasement-Politik gegenüber Hitler 1938/39 bildet ebenfalls einen solchen exemplarischen Fall. Die Beseitigung des Taliban-Regimes halte ich für legitim, da sich dieses Regime weigerte, Osama Bin Laden auszuliefern (s.o.), wobei ich die völkerrechtswidrige Bombardierung unschuldiger Zivilpersonen und Städte zutiefst missbillige. Der CDU-Politiker Jürgen Todenhöfer hat das hierzu notwendige in einem sehr eindrucksvollen Artikel in der Süddeutschen Zeitung gesagt<sup>105</sup>. Er schrieb: *"Aber der Bombenkrieg gegen die Städte Afghanistans war nicht nur völkerrechtswidrig, er brachte auch nicht den gewünschten Erfolg. Hier wurde wegen eines einzigen Terroristen ein ganzes Land plattgebombt, aber der, um den es ging, dem angeblich "alle Fluchtwege abgeschnitten" waren, ist wie ein Phantom spurlos verschwunden. Der Afghanistan-Krieg, der Milliarden Dollar und über 5000 afghanische Zivilisten das Leben gekostet hat, war der teuerste, blutigste und peinlichste Flop in der Geschichte der Terrorismusbekämpfung."*<sup>106</sup>**

3. **Rechtzeitig eingreifen mit dem Mittel der Prävention: Prävention ist allemal humaner als eine reaktiv-krative Nachsorge, da sie Blutvergießen vermeidet, Menschenleben rettet und viel Leid erspart.<sup>107</sup> *"Vergessene Zonen [der Welt; B. N.] sind gefährliche Zonen...Dabei lautet eine der wichtigsten Lehren, die aus den Anschlägen des 11. September zu ziehen sind: Eine weltweit koordinierte Prävention ist unverzichtbar, keine Region der Erde darf mehr sich selbst überlassen werden. Der Fall Afghanistan zeigt, dass es ein Vergessen sozial und politisch destabilisierter Zonen in Zukunft nicht mehr geben darf. Ohne staatliche Kontrolle, ohne das Vorhandensein eines Gewaltmonopols können ungestört jene materiellen und immateriellen Infrastrukturen entstehen, aus denen sich dann Ruheräume für terroristische Gruppierungen bilden. Es muss nun klar sein, dass die Weltgemeinschaft sich besser und vor allem früher um politisch und sozial zusammenbrechende Gebiete kümmern muss."*<sup>108</sup>**

---

<sup>104</sup> ebd., S. 221

<sup>105</sup> Vgl. hierzu: Jürgen Todenhöfer: Der Flop: Über den Umgang mit der Wahrheit im Antiterrorkrieg in: Süddeutsche Zeitung vom 11.02.2002, abrufbar unter: [szonnet.diz-muenchen.de/REGIS\\_A13828647](http://szonnet.diz-muenchen.de/REGIS_A13828647) (Registrierung notwendig)

<sup>106</sup> ) ebd

<sup>107</sup> Volker Matthies: Krisenprävention: Vorbeugen ist besser als Heilen. Opladen: Leske und Budrich, 2000, S. 24.

<sup>108</sup> Antje Vollmer: Lehren aus dem 11. September, a.a.O.

4. **Umgang mit dem Terrorismus: Man muss die Ursachen des Terrorismus verstehen und ihm seinen sozialen Nährboden entziehen, um ihn wirksam zu bekämpfen. Ernst-Otto Czempiel schreibt richtigerweise: "Wer verhindern will, dass sich der politische Terrorismus in der Levante weiter ausbreitet und in der arabisch-islamischen Welt noch mehr Zustimmung findet, muss die westliche Politik gegenüber dem Irak ändern. Dessen Vertreibung aus Kuwait wurde in der arabischen Welt akzeptiert, das jahrelange Embargo gegen ihn nicht. Er rief die Erinnerung an den Imperialismus der christlichen Staaten bis zurück zu den Kreuzzügen wach. Die amerikanischen Luftangriffe gegen den Irak, die im Dezember 1998 begannen und 1999 im Zeitlupentempo weitergeführt wurden, erbitterten die arabische Öffentlichkeit. Der Terrorist bin Ladin verstand sich mit seiner im Februar 1998 veröffentlichten Erklärung des Heiligen Krieges "gegen die Juden und die Kreuzzügler" als Exponent des arabischen und islamischen Widerstands gegen die Unterdrückung, die Ausbeutung und die Überfremdung, die in der amerikanischen Politik gegenüber dem irakischen Volk zutage tritt. Diese Einschätzung klingt in den westlichen Ohren seltsam, aber sie wird in der islamischen Welt weithin - wenn auch keinesfalls allgemeine - akzeptiert. Dieser sich ausbreitende Konsens rechtfertigt nicht den Terror, sondern zeigt, wie er überwunden und ausgetrocknet werden kann. Werden die Probleme in einer Weise bearbeitet, der die arabische Welt zustimmt, verschwindet der Terrorismus von selbst."<sup>109</sup>In diesem Sinne schreibt auch Antje Vollmer: "Rückzugsterritorien sind zwar eine unerlässliche Bedingung, aber natürlich keine hinreichende Erklärung für die Entstehung des Terrorismus. Die Denkformel von einer irrationalen "Achse des Bösen" gibt jedoch keine Antwort auf die Ursachen des Terrorismus... Terroristen sind gelegentlich die Bündnispartner früherer Etappen - so war es Bin Ladin, Milosevic und Saddam Hussein. Politische Strategen müssen also in der Wahl ihrer Partner in Zukunft vorsichtiger und nachhaltiger vorgehen. Zweitens: Die ideologischen Führer terroristischer Gruppen sind stets charismatische Intellektuelle und Söhne der oberen Klasse, denen es geschickt gelingt, bestehende gesellschaftliche Probleme und soziale Konflikte zu instrumentalisieren und zu überhitzen - ihre Denkstrukturen gilt es zu verstehen, bevor man sie mit Erfolg bekämpfen kann. Drittens: Terrorismus braucht ein Urtrauma, durch das er sich motiviert. Das Urtrauma der islamischen Welt ist der Nahost-Konflikt und die Besetzung der heiligen Stätten Mekka und Medina durch**

---

<sup>109</sup> Czempiel: "Kluge Macht", a.a.O., S. 175

**sogenannte "Fremde" - hier muss jede Gegenstrategie ansetzen. Weitere Einsichten: Terroristen sehnen sich geradezu nach Märtyrern, deshalb muss man jede Überreaktion vermeiden; Terroristen vertreten ein apokalyptisches, schwarzweißes Weltbild, wer ihnen in der Sprache des "Heiligen Kriegs" antwortet, bestätigt sie, statt sie zu widerlegen; besonders gefährlich sind die Nachfolgenerationen terroristischer Gruppen, die meist noch brutaler und gesichtsloser auftreten. Deren Entstehen zu verhindern muss Hauptziel der Gegenstrategien sein. Da sich die terroristische Gewalt also vor allem aus "weichen" geistigen Faktoren nährt, genügt es nicht, allein die "Harten" materiellen Grundlagen zu zerstören. Man muss auch die Köpfe der Terroristen und ihrer Anhänger erreichen; mit einer militärischen Abschreckungsstrategie allein kann das aber unmöglich gelingen. Im Gegenteil: Man bestätigt ihr dualistisches Weltbild, das die Menschheit in Freund oder Feind unterteilt."<sup>110</sup> Es gilt also, die (sozialen) Wurzeln des Übels und die Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, um die Entstehung des Terrorismus zu verhindern - dafür dient auch das Mittel der Krisenprävention. Hierzu gehört auch der rechtsstaatliche Umgang mit Gefangenen gemäß der Genfer Konvention über den Umgang mit Kriegsgefangenen. Nochmals Jürgen Todenhöfer: *"Die Taliban haben kein Mitleid verdient. Aber rechtfertigt das, gefangene Taliban wie Tiere in Käfigen zu halten und der Weltöffentlichkeit vorzuführen? Zeigt sich die Stärke eines Rechtsstaats nicht gerade darin, wie er seine schlimmsten Feinde behandelt? Dass er ihnen nie ihre Würde nimmt? Dass er bei der Bekämpfung des Unrechts nie den Boden des Rechts verlässt? Dass er, wie es Pappst Johannes Paul II. nach dem 11. September ausgedrückt hat, nie der "Versuchung des Hasses nachgibt"? Es war der eisenharte, unerbittliche Winston Churchill, der einst forderte: "Im Krieg Entschlossenheit, im Sieg Großmut." Lasst uns Kriegsverbrecher und Terroristen hart und gerecht bestrafen - aber wie Menschen, nicht wie Tiere...Merkt niemand, dass wir dabei sind, die militärische Führung der Welt zu gewinnen, die moralische Glaubwürdigkeit aber zu verspielen, ohne die der Terrorismus nicht zu besiegen ist?"***

<sup>111</sup>

5. **Stärkung der NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) und Förderung des kulturellen Austausches.** Czempiel beschreibt, wie wichtig NGOs als Vorbeugungsinstrument sind. 1948 waren 41 solcher NGOs bei den Vereinten

---

<sup>110</sup> Antje Vollmer: Lehren aus dem 11. September, a.a.O.

<sup>111</sup> Jürgen Todenhöfer: "Der Flop", a.a.O.

**Nationen registriert gewesen, heute scheinen es weit über 25 000 zu sein, mit einer jährlichen Wachstumsrate von ungefähr 4%.<sup>112</sup>**

- 6. Erhöhung des Entwicklungshilfeetats und "Hilfe zur Selbsthilfe". Trotz der unseligen "Erfolgsgeschichte" der Entwicklungshilfe ist sie notwendig. Sie hat sich in den neunziger Jahren das richtige Ziel gesetzt, "good governance" bei den Empfängern zu fördern, Unterdrückung und Zwangsherrschaft abzubauen." Aber die Ausüführung war eine Katastrophe. Die öffentliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik belief sich 1996 auf 11,4 Mrd. DM, 1990 waren es noch 13,6 Mrd. DM gewesen. Diese nicht eben große Summe floss zu 80% in Gestalt von Aufträgen wieder nach Deutschland zurück.<sup>113</sup> Sie diene also nicht der Vorbeugung, sondern der Exportfinanzierung. Aber auch unter der rot-grünen Regierung hat die Entwicklungshilfe ihr Ziel, 0,7% des BIP zu erreichen, deutlich verfehlt<sup>114</sup>. Dabei besitzt sie als Interventionsinstrument einen bedeutenden Wert. Sie kann Anreize schaffen für die kooperative Nutzung von Land, Wasser und Bodenschätzen in und zwischen den Staaten und damit eine der wichtigsten Gewaltursachen beseitigen und auf diese Weise auch ethnische Konflikte mildern<sup>115</sup>.**
  
- 7. Es muss ein Dialog der Kulturen geführt werden - allerdings mit dialogwilligen Partnern, wie es der Berater des iranischen Staatspräsidenten Chatami, Mohadscherani, angesichts der Verwendung des Begriffes "Kreuzzug" durch US-Präsident Bush gefordert hat, damit es nicht zu einer "Konfrontation der Zivilisationen<sup>116</sup>" kommt (FAZ vom 10.10.2001) Dies wird nach den jüngsten Entwicklungen - etwa dem Aufruhr, den die Rede des Papstes in Regensburg**

---

<sup>112</sup> Czempiel: "Kluge Macht", a.a.O., S. 179

<sup>113</sup> ebd., S. 177

<sup>114</sup> der Etat ist nicht einmal halb so hoch und liegt laut Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2006 bei 0,28%% des BIP Der Entwicklungshaushalt soll im Jahr 2007 um knapp acht Prozent steigen. Dies erklärte Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul am Mittwoch im Plenum des Bundestages bei der Vorstellung des Etats ihres Ministeriums (Einzelplan 23). Damit steige der Entwicklungshaushalt wie schon im vergangenen Jahr stärker als der Bundshaushalt (2,3 Prozent). Deutschland hatte sich im EU-Rahmen verpflichtet, die Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance - ODA) bis 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens und auf 0,7 Prozent bis 2015 zu steigern. (Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2006: <http://www.bmz.de/de/ministerium/haushalt/index.html>)

<sup>115</sup> Czempiel: Kluge Macht, a.a.O., S. 178

<sup>116</sup> Vgl. hierzu auch die Publikationen des Göttinger Politikwissenschaftlers Bassam Tibi, insbesondere: "Krieg der Zivilisationen". Hamburg : Hoffmann und Campe, 1995

**und die Absetzung der Mozart-Oper „Idomeneo“ in Berlin, immer dringender. Die kürzlich erfolgte Islam-Konferenz in Berlin ist m.E. ein wichtiger und notwendiger Schritt auf diesem Weg. Dieser muss fortgesetzt werden.**

- 8. Es sollte auf allen Ebenen mehr miteinander geredet werden (dies gilt für die politischen Akteure, also die Staatsführer ebenso wie für alle gesellschaftlichen Kräfte). Sinn dieser Maßnahme ist, ein besseres Verständnis der gegenseitigen Standpunkte und Kulturen zu erreichen, um dadurch Konflikte zu mindern. Städteaustausch, Studienaufenthalte, Schüleraufenthalte in anderen Ländern müssen m.E. daher gefördert werden.**
- 9. Die europäische Integration muss vorangetrieben werden, damit die Interessen der europäischen Staaten weltweit und bei der Hegemonial- und Supermacht USA besser zur Kenntnis genommen werden<sup>117</sup>.**

**Dies sind nur einige Lösungsvorschläge und -möglichkeiten zu einer stärker auf zivile und konfliktvermeidende Instrumentarien setzenden deutschen und europäischen Außenpolitik. Meines Erachtens war die deutsche Außenpolitik gut beraten, sich in Zeiten der Bipolarität eine "Kultur der Zurückhaltung"<sup>118</sup> aufzuerlegen. Hier muss allerdings deutlich gesagt werden, dass dies keinem "deutschen Sonderweg" zugeschrieben werden konnte, sondern dies dem Wunsch der Deutschen und dem der Alliierten entsprach<sup>119</sup>. Mit der Wiedervereinigung wuchsen die**

---

<sup>117</sup> Genau in diesem Sinne argumentiert Helga Haftendorn in ihrem Werk: "Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung". Stuttgart; München: Deutsche Verl.-Anstalt, 2001. In diesem - hervorragenden - Werk schreibt sie am Ende auf S. 445: "Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt ist daher heute weit weniger klar zu erkennen als in den Zeiten des Ost-West-Konflikts. Es balanciert zwischen dem Versuch, seiner Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität in Europa gerecht zu werden, und der Rücksichtnahme auf Partner, welche die "europäische Zentralmacht" als zu dominant empfinden. Deutschland wird sich aber als "Mitführungsmacht" nur behaupten und seine Interessen durchsetzen können, wenn es zusammen mit seinen wichtigsten Verbündeten die Initiative ergreift, um das "Projekt Europa" voranzubringen und schließlich zu vollenden. Nur dann werden auch die Vereinigten Staaten ihm Respekt entgegenbringen. Anstelle der Abhängigkeit von der amerikanischen Hegemonialmacht wird dann eine gleichgewichtige und stabile transatlantische Beziehung entstehen, die den Interessen Deutschlands entspricht." Hinzuzufügen wäre dieser Diagnose meines Erachtens lediglich, dass sie auch den Interessen Europas entspricht.

<sup>118</sup> Hier zitiert nach: Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, a.a.O., S. 139

<sup>119</sup> Dies wird am deutlichsten ausgesprochen in dem meines Erachtens besten Werk zur Geschichte der deutschen Wiedervereinigung: Philip Zelikow / Condoleezza Rice: "Sternstunde der Diplomatie : Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas". Berlin : Propyläen-Verl., 1997: Der damalige amerikanische Außenminister James Baker argumentierte gegenüber der sowjetischen Führung, die Lage in Europa werde nach der Wiedervereinigung Deutschlands stabiler sein, wenn die deutsche Militärmacht fest in westlichen Institutionen verankert sei. "Ich weiß, dass dies für Sie schwer einzusehen

**Erwartungen der Alliierten, Deutschland möge sich gemäß ihres gewachsenen Gewichtes nun auch stärker international arrangieren und sich mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr auch militärisch in Krisengebieten engagieren. Nachdem das Bundesverfassungsgericht 1994 diese Auslandseinsätze grundsätzlich für mit dem Grundgesetz vereinbar erklärte, solange der Bundestag zustimmte, hat die Zahl der Bundeswehreinsätze dramatisch zugenommen<sup>120</sup>. Dies deutet auf eine Veränderung der deutschen Außenpolitik hin. „Die Veränderung kann grob so charakterisiert werden, dass der deutsche Antimilitarismus eine**

---

ist", sagte Baker. "Denn letztlich bedeutet es, dass die Bedrohung nicht von den Vereinigten Staaten ausgeht, die Sie lange Zeit als Ihren Feind angesehen haben, sondern in viel größerem Ausmaß von einem neutralen Deutschland, das militaristisch wird." Deshalb wollten die USA, dass Deutschland in der NATO bleibe und weiterhin amerikanische Truppen stationiert würden." (ebd., S. 259). (Hervorhebung von mir; B. N.). Zu den deutschen Interessen und Zielen der Außenpolitik vgl. insbesondere: Gregor Schöllgen: "Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Von den Anfängen bis zur Gegenwart". 2. Aufl. München: Beck-Verl., 2001 und Helga Haftendorn, a.a.O. Schöllgen schreibt: "Die Repräsentanten des Bonner Teilstaates hatten drei Nahziele vor Augen: Westintegration, äußere Sicherheit und Gleichberechtigung. Das war ein außerordentlich ambitioniertes Programm. Um es realisieren zu können, war ein Höchstmaß loyalen Verhaltens gegenüber den Westmächten erforderlich, das von Kritikern dieser Politik auch durchaus anders interpretiert werden konnte, und natürlich hing alles von den internationalen Rahmenbedingungen ab. Diese bestimmten letztendlich die Strategie der Westmächte, auch in der Deutschen Frage, und damit den Preis, den die Deutschen zu zahlen hatten:: Die Verankerung ihres Rumpfstaates in der westlichen Welt ging mit der Teilung der Welt, des Kontinents und des Landes einher. [...]Schließlich sollte die Verankerung der Bundesrepublik in der westlichen Staatengemeinschaft jedem Verdacht vorbeugen, dass die Bundesrepublik eine "Schaukelpolitik" zwischen West und Ost treiben...wolle.[...]Das stellte die deutsche Politik schon bei den ersten politischen Gehversuchen nach 1949 in Rechnung, und es ist bemerkenswert, wie sorgfältig sie bis zum Ende des Kalten Krieges darauf bedacht gewesen ist, alles zu unterlassen, was diesem Misstrauen hätte Nahrung geben können." (Schöllgen, a.a.O., S. 20/21). Helga Haftendorn schreibt in ihrem oben erwähnten Werk im Kapitel: "Die Strategie der Westintegration als historische Notwendigkeit": "Aus der Sicht Konrad Adenauers gab es in den frühen fünfziger Jahren keine Alternative zur Strategie der Westintegration, wenn die Bundesrepublik ein gewisses Maß an politischer Eigenentwicklung und Eigenständigkeit erreichen wollte. Gleichzeitig musste sie auch das wirtschaftliche Wohlergehen ihrer Bevölkerung und den Schutz vor äußerer Aggression sowie innerer Subversion zu gewährleisten suchen. Unter den damaligen Umständen waren nur die Vereinigten Staaten und das von ihnen geführte Atlantische Bündnis in der Lage, die Sicherheit der Bundesrepublik zu schützen.[...] Voraussetzung für den Abbau der Beschränkungen waren sowohl ein gewisses Maß demokratischen Wohlverhaltens als auch ein Ausgleich mit Frankreich. Das Misstrauen des westlichen Nachbarn...war nur dadurch zu überwinden, dass Bonn freiwillige Beschränkungen auf sich nahm, mit denen die Bundesrepublik auf eine politische, wirtschaftliche oder militärische Vormachtstellung in Europa verzichtete, durch welche die Sicherheit Frankreichs bedroht werden könnte. Diese Beschränkungen bestanden zum einen in der Bereitschaft Bonns, auf souveräne Rechte zugunsten supranationaler - oder zumindest starker intergouvernementaler - Bindungen im Prozess der europäischen Integration oder durch die Eingliederung in die integrierte Militärstruktur der NATO zu verzichten; zum anderen durch die alliierten Vorbehaltsrechte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin." (Helga Haftendorn, a.a.O., S. 56/57.) Die Ziele und Interessen der deutschen Außenpolitik nach 1945 formuliert auch Manfred Görtemaker in seinem Standardwerk: "Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Von der Gründung bis zur Gegenwart". - München: Beck, 1999. Er schreibt in seinem Kapitel: "Entscheidung für den Westen zu den Zielen und



**geringer werdende und der deutsche Multilateralismus eine größer werdende Rolle als zuvor spielte. Anhänger einer stärkeren deutschen Beteiligung an Auslandseinsätzen verwiesen darauf, dass die Bundesrepublik in ihrer Außenpolitik keine Sonderwege beschreiten und keine Alleingänge durchführen dürfe und sich deshalb nicht im Gegensatz zu ihren Partnern von gemeinsamen friedenssichernden militärischen Einsätzen ausschließen dürfe. Diese Neuinterpretation des alten Grundsatzes des Multilateralismus fand in Deutschland zunehmend**

---

Interessen der deutschen Außenpolitik nach 1945: "Dazu war es nach Ansicht von Adenauer notwendig, den westlichen Teil Deutschlands in die westliche Staatengemeinschaft einzugliedern, um aus einer Position der Stärke heraus eine Wiedervereinigung anstreben zu können, die ohne gesicherte Westbindung seiner Meinung nach nur um den Preis der Sowjetisierung ganz Deutschlands zu erreichen war. Am 27. August 1949, inmitten des ersten Bundestagswahlkampfes, notierte er deshalb..., auf außenpolitischem Gebiet liege die Linie - unabhängig von der Entscheidung der Wähler - bereits fest; sie richtete sich "in erster Linie darauf, ein enges Verhältnis zu den Nachbarstaaten der westlichen Welt, insbesondere auch zu den Vereinigten Staaten herzustellen". Vor allem gehe es darum, dass Deutschland so rasch wie möglich "als gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied in die europäische Föderation aufgenommen" werde. Zur Begründung konstatierte er in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler vom 20. September 1949, es bestehe "gar kein Zweifel daran, dass wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören." Für Adenauer waren die Alternativen der deutschen Außenpolitik also von vornherein begrenzt.[...] So sehr setzte sich unter dem Eindruck der Ost-West-Spaltung binnen weniger Jahre in allen Parteien mit Ausnahme der KPD die Überzeugung durch, dass nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den Westmächten gegen die Sowjetunion die Grundlagen für einen freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat in Westdeutschland geschaffen werden konnte. Sogar eine gleichberechtigte Teilnahme am Zusammenschluss Westeuropas...rückte unter diesen Bedingungen in den Bereich des Möglichen. Der kalte Krieg wirkte dabei als Katalysator, der die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Abwehrfront gegenüber dem sowjetischen Kommunismus beschleunigte und zugleich den Druck auf die Siegermächte verstärkte, den besonderen völkerrechtlichen Status Deutschlands zu beenden, um dessen Unterstützung im Ost-West-Konflikt zu erhalten. Über Alternativen zur Westintegration wurde deshalb, anders als in der ersten Zeit nach dem Krieg, kaum noch ernsthaft nachgedacht." (Görtemaker, S. 271/272). Er führt dann weiter aus, dass Alternativen der deutschen Außenpolitik, einen Sonderweg zu gehen, indem es eine eigenständige Rolle als "Brücke" zwischen Ost- und West spielen könnte, die vor allem von Politikern wie Ernst Lemmer und Jakob Kaiser vertreten wurden, nicht realisiert werden konnten. "Das Wunschdenken und der intellektuelle Eskapismus, der in diesen Vorstellungen...zum Ausdruck kamen, stießen sich jedoch ebenso an der Realität des Kalten Krieges wie manche Ideen der neutralistischen Linken." (ebd., S. 277). Fazit: "Nur durch eine solide und dauerhafte Integration in die westliche Völkergemeinschaft besaßen die Deutschen die Chance, meinte Adenauer, ihre Friedfertigkeit zu beweisen und sich dadurch allmählich von der Last der nationalsozialistischen Schuld zu befreien." (ebd. S. 280). Diese Ausführungen zeigen meines Erachtens in aller Deutlichkeit, dass ein deutscher Sonderweg nach 1945 nicht realisierbar war und weder im Interesse der Alliierten, noch im Interesse der Deutschen lag. | ▲

<sup>120</sup> Zur Zeit sind – ohne den Libanon-Einsatz – rund 6729 Soldaten (Ist-Stärke) bzw. 7700 Soldaten (Sollstärke) in Auslandseinsätzen aktiv. Spiegel" vom 17.07.06: „Bundeswehr: Eine schwache Truppe“, S. 32-35. Eine gute Zusammenfassung über die Veränderung der deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung in Bezug auf ein wachsendes militärisches Engagement und ihre Rückwirkungen auf die politische Kultur in Deutschland bietet: Gunther Hellmann: Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung –

**Unterstützung<sup>121</sup> Hellmann sieht darin eine „wichtige Veränderung“ der deutschen Außenpolitik seit 1990.<sup>122</sup> Ob dies so ist und ob diese Veränderung es noch rechtfertigt, von der Außenpolitik einer „Zivilmacht Deutschland“ zu sprechen, werde ich im abschließenden fünften Kapitel untersuchen. Seit dem Regierungswechsel 1998 ist jedoch offensichtlich, dass Deutschland wieder eine kriegführende Nation geworden ist, was sich an der Vielzahl der Auslandseinsätze und der damit verbundenen neuen Aufgabenstellung der Bundeswehr zeigt. Deren Hauptaufgabe nicht mehr – wie zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes, die Landesverteidigung im Innern, sondern die Fähigkeit, im Ausland als „Einsatzarmee“ zu fungieren<sup>123</sup>. Die Umgestaltung der Bundeswehr, um diesen neuen Anforderungen zu genügen, ist seit 2003 in vollem Gange und soll 2010 abgeschlossen sein<sup>124</sup> Hier heißt es: „Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kongo – und demnächst die Küsten des Libanons – das sind die Stationen, an denen die Bundeswehr mit umfangreichen Kontingenten eingesetzt ist. Wenn die Marine in die Nah-Ost-Region ausgerückt ist, sind rund 10.000 Soldaten im Auslandseinsatz. Die Staatengemeinschaft hat beschlossen, dass sie Eingreiftruppen für friedensschaffende oder gar für militärische Operationen in Krisen und Konflikten bereithalten will. Deutschland hat sich bei der NATO und beider EU zum Mitwirken im gesamten Spektrum militärischer Fähigkeiten verpflichtet. Auf diese Aufgaben hat sich die Bundeswehr in mehreren Schritten vorbereitet. In den 90er Jahren, als sie in die ersten Blauhelmeinsätze geschickt wurden, waren die Anforderungen noch überschaubar: In Kambodscha und Somalia waren deutsche Streitkräfte jeweils nur an einem Ort engagiert. Erst in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts nahm die Zahl der Einsätze immer mehr zu. Dies führte dazu, dass die Bundeswehr immer wieder umstrukturiert wurde, noch bevor sie die einige Jahre vorher beschlossene Struktur umsetzen konnte. Die neue Struktur, die bis 2010 hergestellt sein soll, unterteilt die Bundeswehr in Eingreifkräfte, Stabilisierungskräfte und Unterstützungskräfte, um die unterschiedlichen Aufgaben abzudecken. Von heute an**

---

Wiesbaden: Verl. für Sozialwissenschaften, 2006, S. 196-203, Kapitel: 11.3.2: Schocks und Checks: Deutschland und der Golfkrieg, wobei der Autor davon ausgeht, es habe einen klaren Wandel der deutschen Politik gegeben, dass die gewachsene politische Kultur der militärischen Zurückhaltung jedoch dennoch nach wie vor von Bedeutung sei (ebd., S. 197).

<sup>121</sup> Gunther Hellmann: Deutsche Außenpolitik, a.a.O., S. 199.

<sup>122</sup> Ebd.

<sup>123</sup> Unter der Vielzahl der Artikel zur neuen Aufgabenstellung der Bundeswehr vgl. insbesondere: Jochen Bittner, „Nix wie hin: Landesverteidigung war gestern. Heute soll die Bundeswehr westliche Werte verbreiten – vom Kongo bis zum Libanon. Drohen den Deutschen Einsätze ohne Ende? In: „DIE ZEIT“ vom 21.09.2006, S. 3

<sup>124</sup> Vgl. Rolf Clement: „Für ihre Auslandseinsätze braucht die Armee mehr Geld“ in: DAS Parlament Nr. 38, 18.09.2006, S. 3. Vgl. auch: Rolf Clement: Die neue Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/2004 vom 08.03.2004, S. 40-46.

betrachtet könnte man zu dem Schluss kommen, dass in den 90er Jahren nicht konsequent genug umgebaut wurde. Allerdings war nicht absehbar, wie stark und wie dauerhaft die Bundeswehr in Auslandseinsätze gebunden würde. Die im Lichte des jeweils Absehbaren getroffenen Entscheidungen waren durchaus vertretbar. Aufgrund dieser Erfahrungen sprechen die Bundeswehrplaner jetzt aber nicht mehr von Reform – das wäre ein irgendwann abgeschlossener Prozess –, sondern von Transformation als einer ständigen Aufgabe der Anpassung an die Gegebenheiten.“<sup>125</sup> Diese Veränderung kostet Geld. Daher wird der Wehretat im Jahre 2007 um 500 Millionen Euro auf rund 28,4 Milliarden Euro angehoben. Dennoch ist absehbar, dass diese Erhöhung angesichts der vielfältigen neuen Aufgaben der Bundeswehr nicht ausreichen wird. Weitere Erhöhungen des Wehretats sind daher absehbar. Verteidigungsminister Jung erklärte am 06.09.2006 im Bundestag: „Es kann nicht von der Bundeswehr immer mehr verlangt werden, ohne dass die finanziellen Grundlagen dafür stimmen.“ Dem kann nicht widersprochen werden, wenn nicht klare Bedingungen dafür festgelegt werden, unter denen Deutschland sich künftig an militärischen Interventionen beteiligt. Berthold Köhler hat in der FAZ vom 22.09.2006 bilanziert: „Für Deutschland wächst nach der Entscheidung, nun auch vor der Levante als Friedensmacht Flagge zu zeigen, aber nochmals der Zwang, die Bedingungen schärfer zu definieren, unter denen es sich künftig an militärischen Interventionen beteiligt. Berlin wird sich auf die Konflikte konzentrieren müssen, von denen eine wesentliche Bedrohung der deutschen Sicherheit ausgeht. Deutschland muss von dem Glauben lassen, es könne seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt und seinen eigenen moralischen Ansprüchen nur dadurch gerecht werden, dass es in all den Krisen, in denen es sich früher auf humanitäre Hilfe verlegen konnte, fortan einen Fall für die Bundeswehr sieht.“<sup>126</sup>

Wenn man diese neuen Entwicklungen und Herausforderungen, die auf die deutsche Außenpolitik zukommen, betrachtet, so ist zu fragen: Was ist zu tun?

Ratschläge in dieser Hinsicht zu geben, sind natürlich schwer. Ich meine, dass verstärkte europäische Integration notwendig wird. Deutschland wird nur in einem vereinigten Europa, welches mit einer Stimme spricht, seine Interessen wahren und diese dort einbringen können<sup>127</sup>. Einen deutschen "Sonderweg" außerhalb Europas halte ich aufgrund der weltpolitischen Mächtekonstellation, der Auswirkungen der Globalisierung und der

<sup>125</sup> Rolf Clement: „Für ihre Auslandseinsätze...“, a.a.O.

<sup>126</sup> Berthold Köhler: „Mit erhöhtem Einsatz“. Kommentar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22.09.06, S. 2

<sup>127</sup> vgl. die in Fußnote 1117 angegebene Feststellung von Helga Haftendorn, a.a.O.

historischen Belastungen für nicht begehbar und unrealistisch. Dazu ist Deutschland im internationalen "Konzert" zu klein. Dies gilt auch für jede andere europäische Macht.

Nach wie vor gilt, dass die Tradition Europas, primär auf nichtmilitärische Konfliktlösungen zu setzen und eine „Militarisierung“ der Außenpolitik zu vermeiden, meines Erachtens richtig ist, auch wenn Deutschland angesichts seiner Größe meiner Meinung nach keinen „pazifistischen Sonderweg“<sup>128</sup> gehen kann und daher internationale Verpflichtungen – wie Auslandseinsätze der Bundeswehr – gemeinsam mit anderen Nationen übernehmen muss. Dennoch kann es – auch mit wachsenden internationalen Verpflichtungen aufgrund des veränderten weltpolitischen Umfeldes nach Ende des Ost-West-Konfliktes, meiner Meinung nach „Zivilmacht“ bleiben. Europa und Deutschland müssen sich entscheiden: Will es / Wollen sie weltpolitisch mitmischen, wird es/ werden sie den Forderungen der USA nach Erhöhung seines Verteidigungsetats und Umbau seiner/ihrer Streitkräfte langfristig nicht widerstehen können; der Druck in diese Richtung wird - wie oben gezeigt wurde - zunehmen. Lehnt Deutschland oder Europa militärisches Engagement vollkommen ab und wählt den sogenannten „Schweizer Weg“<sup>129</sup>, wird die weltpolitische Dominanz der USA weiterhin gestärkt und die Möglichkeit einer Einflussnahme auf Washington - wie Klaus-Dieter Frankenberger zu recht gezeigt hat, noch geringer werden als bisher. Washington wird dann auf die "schwachen Europäer" erst recht nicht mehr hören. Es ist eine schwere Entscheidung, vor der die deutsche - und europäische - Außenpolitik gestellt ist, zumal es - wie oben gezeigt - illusorisch ist, einen "deutschen Sonderweg" außerhalb Europas gehen zu wollen. Für mich wäre eine solche Politik ein gefährlicher Mythos. Wie gesagt: Deutschland und Europa stehen daher vor schweren Entscheidungen.

Nur in einem gemeinsamen Europa können deutsche Interessen wirksam vertreten werden. Daher ist das Zusammenwachsen Europas, die europäische Integration, so wichtig. Der oben angedeutete Weg einer „Zivilmacht“, der auf einem gemeinsamen europäischen Politikverständnis beruht, nach dem es sinnvoller ist, nicht-militärische Instrumentarien in der Außenpolitik bei Konfliktlösungen anzuwenden als auf militärische Mittel zurückzugreifen [auch wenn diese nicht immer ausgeschlossen werden können] (vgl. Kapitel 2), kann nur mit den anderen europäischen Regierungen und nicht gegen sie gegangen werden.

---

<sup>128</sup> Der Begriff ist entnommen aus: Joschka Fischer: Risiko Deutschland. – Krise und Zukunft der deutschen Politik. – Taschenbuchausg. – München: Droemer Knaur, 1995, S. 229.

<sup>129</sup> Vgl.: Nikolas Busse: „Deutsche Ausflüchte: Unsere Politiker suchen noch immer gute Gründe für Auslandseinsätze. Den Bürgern aber wäre es lieb, wenn wir alle Schweizer wären“ in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 13.08.2006, S. 11.

Dies gilt auch für die Feststellung von Gunter Hellmann, der die Beibehaltung der "Bonner Tugenden" anmahnt: *"Ein Erfolgsrezept der Bonner Außenpolitik bestand darin, diese Differenz [zwischen "nationalen" Interessen auf der einen und nicht-nationalen, vielleicht gemeinsamen europäischen, atlantischen oder globalen Interessen auf der anderen Seite; B. N.] erst gar nicht zu suggerieren, sondern die anderen davon zu überzeugen, dass man gemeinsame Interessen verfolgte. Dies bedeutete nicht, dass die Deutschen nicht auch "nationale Interessen" verwirklichten. Das Gegenteil ist der Fall, wie schon ein kurzer Blick auf die Ereignisse der Jahre 1989/90 zeigt. Eine zivile und moderne "Großmacht" Deutschland, die sich der Bonner Tugenden erfolgreicher Einbindungspolitik bewusst bleibt, wird jedenfalls auch unter den veränderten Bedingungen eher prosperieren als eine Macht, die nationales Selbstbewusstsein stolz zur Schau trägt"*<sup>130</sup>.

Wenn die deutschen Regierungen der Zukunft die Handlungsregeln einer modernen Großmacht für sich selbst beachten, die Wolfgang Ischinger für Russland formuliert hat und die ich oben als "Handlungsanweisung" für die Hegemonialmacht USA zitiert hatte (sowie wegen ihrer Wichtigkeit als "Motto für dieses Kapitel wählte), werden sie innerhalb Europas mit ihrem Politikkonzept einer „zivilen Macht“, welches bislang ja durchaus erfolgreich war wie auch darüber hinaus erfolgreich sein. Auch dieses Zitat sei aufgrund seiner Wichtigkeit nochmals wiederholt: *"Es ist wichtiger zu überzeugen, als zu drohen, es ist wichtiger, einzubinden, als zu beherrschen, es ist wichtiger Partner zu gewinnen als Gegner in Schach zu halten. Das sind die Gebote des 21. Jahrhunderts."*<sup>131</sup> Wenn sich Deutschland, Europa und die USA an diese weisen Worte halten, gibt es gute Chancen auf eine gemeinsame partnerschaftliche und kooperative Außenpolitik, die unterschiedliche Standpunkte und Politikkonzepte versteht und akzeptiert<sup>132</sup>. Dies ist für eine funktionierende Partnerschaft unabdingbare Voraussetzung. Nur dann wird es möglich sein, zu gemeinsamen - möglichst zivilen - Lösungsansätzen zu kommen. Solche Ansätze sind unbedingt notwendig, um im Zuge einer notwendigen Krisenprävention Terrorismus wirksam zu bekämpfen und seine gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wurzeln zu beseitigen - dies ist seit dem 11. September 2001 notwendiger denn je.

---

<sup>130</sup> Gunther Hellmann: Einbindungspolitik: Die Strategie für eine Großmacht in der Bewährung: in: „Friedensgutachten 2001“, a.a.O., hier S. 257

<sup>131</sup> Ischinger, a.a.O.

<sup>132</sup> Hierzu gehört auch die Kenntnis der jeweils anderen Kultur, wie sie aus dem oben erwähnten Zitat von **Margaret Boveri** aus dem Jahre 1946 (hier zit. nach: Christian Hacke: Zur Weltmacht verdammt, a.a.O., S. 71) zum Ausdruck gebracht wird.

#### 4. Die transatlantischen Beziehungen unter Schröder und Merkel in Stichworten:

***„Wir wollen die transatlantischen Beziehungen zukunftsgerichtet gestalten, ohne unsere gemeinsame Geschichte zu vergessen. Dafür ist ein enges Vertrauensverhältnis zwischen den USA und einem selbstbewussten Europa, das sich nicht als Gegengewicht, sondern als Partner versteht, unverzichtbar. Das schließt unterschiedliche Auffassungen nicht aus, mit denen im partnerschaftlichen Dialog und im Geist der Freundschaft umgegangen werden muss. Die atlantischen Partner verbinden eine gemeinsame Wertebasis und viele gemeinsame Interessen, nicht zuletzt sind sie die weltweit am stärksten verflochtenen und damit am stärksten aufeinander angewiesenen Wirtschaftsräume. Wir wollen uns unter anderem für eine Verbesserung der Regelung von Handelsstreitigkeiten, für die Vermittlung eines besseren Verständnisses der USA in der deutschen Öffentlichkeit sowie Europas und Deutschlands in den USA einsetzen.“<sup>133</sup>***

Aus Zeitgründen kann hier nur stichwortartig auf die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem Irak-Krieg eingegangen werden<sup>134</sup>. Die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen ist meines Erachtens von beiden Seiten gleichermaßen zu verantworten, weil die Warnungen Ischingers eben leider nicht beachtet worden sind. Die USA führten im Irak mit militärischen Mitteln einen Regimewechsel herbei und agierten hier unverhohlen unilateralistisch, weil sie gegen den Willen der UN mit einer „Koalition der Willigen“ – aber eben ohne Mandat der UN – den Regimewechsel in Bagdad mit einer Begründung – der angeblichen Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak – erzwang, die sich im Nachhinein als falsch erwies. Eine Legitimation dieses Krieges konnte durch diese vorgeschobene Begründung daher nicht erreicht werden.

Die tieferen Ursachen für die Entfremdung zwischen Teilen Europas und den USA ist der von Beobachtern als „Revolution“ der amerikanischen Außenpolitik unter George W. Bush beschriebene Wille der regierenden „Neokonservativen“, das Mittel des Regimewechsels als legitimes Mittel der amerikanischen

<sup>133</sup> Aus dem Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD vom 11. November 2005. Hier zitiert nach: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Aussenpolitik/koalitionsvertrag.html>

<sup>134</sup> Hierzu gibt es zahlreiche Publikationen, von denen zwei hier herausgegriffen werden sollen: Hacke: Zur Weltmacht verdammt, a.a.O., Kapitel: „Die Außenpolitik der Regierung Bush, insbes. S. 668/69 und S. 696 sowie Szabo, Stephen F.: Parting Ways: the German-American Relationship after Iraq in: Germany's Uncertain Power: Foreign Policy of the Berlin Republic /Ed. By Hanns W. Maull. – Houndsmills: Pallgrave Macmillan, 2006, S. 122-136

**Außenpolitik zu betrachten. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass der Charakter eines Regimes durch seine Herrschaftsform bestimmt sei und sich in der Außenpolitik tiefste liberale Werte demokratischer Gesellschaften ausdrücken müssten. Diktatorische Regime seien per se nicht friedfertig und müssten daher abgelöst werden. Die von den „Realisten“ um Henry Kissinger betriebene „Entspannungspolitik“ mit der früheren Sowjetunion wurde daher von den Neokonservativen<sup>135</sup> mit großer Skepsis betrachtet. Die Neokonservativen einte auch die Überzeugung, dass die amerikanische Macht zu moralischen Zwecken eingesetzt wurde und werden sollte und dass die Vereinigten Staaten sich auch weiterhin in internationalen Angelegenheiten engagieren müssten<sup>136</sup>.**

**Hiermit kontrastierte die politische „Kultur der Zurückhaltung“, die insbesondere die rot-grüne Außenpolitik seit dem Irak-Krieg prägte. Doch auch Gerhard Schröder bediente sich mit seiner Betonung des „deutschen Weges“ nationalistischer Instinkte<sup>137</sup>. Vor allem – und dies kritisierte insbesondere der Politikwissenschaftler Christian Hacke<sup>138</sup> – lehnte Schröder eine deutsche Beteiligung am Irak-Krieg ab, egal, wie die Stellungnahme der UN ausfallen sollte. Auch wenn die UN einen Irak-Krieg legitimiert hätte, hätte Gerhard Schröder eine deutsche Beteiligung am Irak-Krieg abgelehnt. Hacke sieht darin ebenfalls ein unilateralistisches Handeln.<sup>139</sup>**

**Vor allem lehnte Schröder es ab, die Differenzen vertraulich zu behandeln und mit Bush darüber unter vier Augen zu sprechen. Dies führte zu einer Eskalation des Konfliktes, die eine Beilegung der Streitigkeiten ohne Gesichtsverlust für eine der beiden Seiten**

---

<sup>135</sup> Dieser Begriff umfasst im engeren Sinne lediglich die amerikanische Denkschule, die auf Demokratisierung der Staaten im oben beschriebenen Sinne setzt. In der Bush-Administration waren dies vor allem der damalige stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz und der inzwischen ebenfalls aus der amerikanischen Regierung ausgeschiedene Richard Perle. Vizepräsident Cheney und Verteidigungsminister Rumsfeld sind dagegen eher „assertive nationalists“ (Schwabe) oder der Denkschule der „globalen Unilateralisten“ (Hacke) zuzuordnen. Ihnen geht es primär um die Durchsetzung amerikanischer Interessen. Das Mittel des Regimewechsels dient bei ihnen dazu, pro-amerikanische, nicht jedoch unbedingt demokratische Regime zu installieren. Vgl. hierzu auch Veröffentlichungen zur Amerika-Politik der „Stiftung Wissenschaft und Politik.“ Berlin.

<sup>136</sup> Vgl. hierzu: Fukuyama, Francis: „Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg.“ – Berlin: Propyläen-Verl., 2006, insbesondere Kapitel 1,2 und Schwabe, Klaus: Weltmacht und Weltordnung: Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. – Paderborn: Schöningh, 2006, Kapitel: XIV: Ausblick: Die amerikanische Weltmacht im 21. Jahrhundert. George W. Bush und die außenpolitische Tradition der USA, S. 466-496

<sup>137</sup> Vgl. hierzu: Hedtstück, Michael/Hellmann, Gunther: „Wir machen einen deutschen Weg“: Irakabenteuer, das transatlantische Verhältnis und die deutsche Außenpolitik“ in: „Brandherd Irak“ /Bernd W. Kubbig (Hg.). – Frankfurt am Main: Campus-Verl., 2004

<sup>138</sup> Hacke: Weltmacht wider Willen, a.a.O., S. 668/69

<sup>139</sup> Ebd. Damit steht er aber nicht allein, wie kritische Beiträge von Hanns W. Maull und anderen zeigen, die ebenfalls diese Auffassung teilen. **Gegenteilige Auffassung:** Peter Rudolf: The transatlantic Relationship: A view from Germany: in: Germany's Uncertain Power, a.a.O., S. 137-152. Er setzt sich detailliert mit den Positionen Christian Hackes auseinander und meint – im Gegensatz zu Hacke und Maull – dass Deutschland auch und in der Auseinandersetzung mit George Bushs Außenpolitik gerade – Zivilmacht bleibe, wenn sie eine militärische Beteiligung am Irak-Krieg ablehne.



nicht mehr zuließ. Zwar schienen sich die Beziehungen im Verlauf des Jahres 2004 wieder zu verbessern, jedoch war das persönliche Verhältnis zwischen Schröder und Bush irreparabel beschädigt, auch wenn beide Seiten versuchten, aufeinander zuzugehen und sich die Bundesrepublik Deutschland – quasi als „Ausgleich“ für ihre Weigerung, sich am Irak-Krieg zu beteiligen, verstärkt in Afghanistan engagierte<sup>140</sup>.

Insofern bot der Regierungswechsel zur großen Koalition und zu Angela Merkel, die die amerikanische Position im Wahlkampf 2002 vorbehaltlos unterstützt hatte und der George W. Bush nach eigenen Worten vertraut, eine Chance, die deutsch-amerikanischen Beziehungen wieder zu verbessern. Bereits 2002 hatten Richard Perle und David Frum vorhergesagt, dass sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach Abgang von Schröder wieder verbessern würden<sup>141</sup>. Doch aufgrund der verschiedenen politischen Kulturen ist Stephen F. Szabo sicherlich darin recht zu geben, dass sich die Deutsch-amerikanischen Beziehungen nach Ende durch den Irak-Krieg so fundamental verändert haben, dass sie auch nach einem Regierungswechsel nicht zum früheren Status quo ante zurückkehren würden, selbst wenn die Christdemokraten die Kanzlerschaft zurückerobern würden<sup>142</sup>. Eine genaue Analyse der Außenpolitik der neuen großen Koalition findet sich unter folgendem **Link:** <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue18.pdf>

Für Daniel Hamilton<sup>143</sup> hingegen ergibt sich durch den Regierungswechsel die Chance, dass die Bundesrepublik wieder zum „Anker“ der transatlantischen Beziehungen werden könne. Frau Merkel werde sich um ein vertrauensvolles Verhältnis zu George Bush bemühen. Die große Koalition ist sich darin einig, in der Krise um das iranische Atomprogramm eine diplomatische Lösung anzustreben. Ein militärisches Engagement dürfte es nicht geben, da die SPD als Partner der Union in der großen Koalition dies ablehnt. Allerdings ändert sich die Außenpolitik vom Stil her. Differenzen werden angesprochen und thematisiert (wie etwa die Frage um das Gefangenenlager Guantanamo), jedoch werden Begriffe wie „Abenteuertum“ oder „deutscher Weg“ von Frau Merkel und anderen Politikern der großen Koalition nicht mehr verwendet<sup>144</sup>. Eine Eskalation der beiderseitigen Beziehungen –

---

<sup>140</sup> Vgl. hierzu insbesondere: Rudolf, Peter: The transatlantic Relationship: A View from Germany, a.a.O. hier S. 141.

<sup>141</sup> Vgl. Stephen F. Szabo, Fn 2, S. 122

<sup>142</sup> ebd., S. 132

<sup>143</sup> Seine Analyse findet sich unter dem erwähnten Link der außenpolitischen Arbeitsgruppe der Universität Trier.

<sup>144</sup> Siehe hierzu beispielhaft die – oben ansatzweise zitierte – Koalitionsvereinbarung zu den transatlantischen Beziehungen zwischen Union und SPD vom 11. November 2005. Außenminister Steinmeier bezog sich auf die „Kultur der Zurückhaltung“, indem er in einem Interview mit der FAZ vom 6. März 2006 von „selbstbewusster Bescheidenheit“ sprach und sich damit – auch in seiner Betonung, der Konflikt mit dem Iran dürfe nicht-

etwa aus innenpolitischen Gründen – wird es mit Sicherheit nicht geben. Differenzen in der Sache werden daher – im Sinne Ischingers – durch gegenseitiges Zuhören und die Schaffung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses leichter zu überbrücken sein. Insofern bietet der Regierungswechsel und die nüchtern-pragmatische Art von Frau Merkel durchaus Chancen für das deutsch-amerikanische Verhältnis, ohne dass im Grundsatz die bewährte „Kultur der Zurückhaltung“ bei militärischen Einsätzen aufgegeben wird<sup>145</sup>. Die verstärkten Auslandseinsätze der Bundeswehr – etwa im Kongo – drohen die Bundeswehr schon jetzt zu überfordern. Eine Reform der Bundeswehr steht daher auf der Agenda der Großen Koalition ganz oben<sup>146</sup>. Meine Hoffnung ist, dass die bewährte „Kultur der Zurückhaltung“, mit der Deutschland gut gefahren ist, nicht aufgegeben wird und durch „leise Diplomatie“ und „Dialog“ der deutsche Einfluss auf die Administration in Washington wieder steigen wird. Keine substantielle Änderung in den Sachfragen, wohl aber in Ton und Stil – dies scheint Kennzeichen der „Außenpolitik der „großen Koalition“ zu sein<sup>147</sup> – und dies bietet m.E. eine Chance für die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Denn um diese wirkungsvoll zu verbessern und den deutschen Einfluss auf amerikanische Entscheidungen – etwa eine Verhinderung eines neuen Krieges mit dem Iran herbeizuführen – zu erhöhen, bedarf es eines Mindestmaßes an gegenseitigem Vertrauen. Stephen F. Szabo hat konstatiert: „Die Vereinigten Staaten und Deutschland werden einander auch weiterhin brauchen und sie müssen eine neue, realistische Grundlage ihrer Beziehungen finden (...). Die politische Führung der USA muss zurückkehren zu einer aufgeklärteren Form des Regierens (...) Die europäischen Staatenlenker, vor allem die deutsche Regierung, müssen der Versuchung widerstehen, sich als Rivale der Vereinigten Staaten aufzuspielen.“<sup>148</sup> Die große Koalition scheint diese Mahnung zu

---

militärisch gelöst werden, auf die bislang dominierende „Kultur der Zurückhaltung“ bezog. Darauf weist der Terminus: „Bescheidenheit“ ausdrücklich hin. Das Attribut „selbstbewusst“ hingegen verweist auf die veränderte Praxis der Außenpolitik unter der Regierung Schröder/Fischer.

<sup>145</sup> Dass mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr diese Kultur durchaus strapaziert wird und die deutsche Außenpolitik vor enormen Herausforderungen steht, wie etwa Hanns W. Maull in seinem Einleitungsbeitrag zur Außenpolitik der großen Koalition (Quelle: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue18.pdf>) soll hier nicht bestritten werden. Meines Erachtens kann jedoch Thomas Risse zugestimmt werden, der folgendes konstatiert hat: „Während es [unter der Regierung Schröder/Fischer, B.N.] bei der **Mittelwahl** zum Teil beträchtliche **Veränderungen in der deutschen Außenpolitik** gegeben hat (z.B. die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr), **dominiert bei den außenpolitischen Zielen Kontinuität. Die Bundesrepublik betreibt nach wie vor eine an internationaler Kooperation, Multilateralismus und friedlicher Konfliktbeilegung orientierte Außenpolitik einer „Zivilmacht.**“ (Risse, Thomas: Kontinuität und Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik? In: „Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/2005, 8. März 2004, S. 24-31, hier zit. S. 24. Genauso sieht es Peter Rudolf: The transatlantic Relationship“, a.a.O., S. 147, Fn 51, wo er Risses Aufsatz und dessen Schlussfolgerungen zustimmend kommentiert.

<sup>146</sup> Vgl. die Koalitionsvereinbarung zwischen Union und SPD zur Bundeswehr. Quelle: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Aussenpolitik/koalitionsvertrag.html>

<sup>147</sup> Vgl. die Beiträge der außenpolitischen Arbeitsgruppe der Universität Trier unter dem erwähnten Link.

<sup>148</sup> Stephen F. Szabo: Parting Ways: The crisis in German-American Relations, Washington, D.C., S. 152, zit. Nach: Hacke: Weltmacht wider Willen, a.a.O., S. 696. In diesem Sinne schreibt auch Bernhard Vogel: „Die

beherzigen und damit ihren Einfluss auf Entscheidungen in Washington zu vermehren<sup>149</sup>. Wenn dies zu fruchtbaren Ergebnissen führt, etwa zu einer Entschärfung des Atomkonfliktes mit Iran und Nordkorea, wäre dies gut für Europa, die Vereinigten Staaten und die Welt.

## 5. Herausforderungen an die deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert:

Weltordnung jedenfalls der näheren Zukunft wird ganz wesentlich von Europa und Amerika, also dem transatlantischen Band bestimmt werden. Europa und die Vereinigten Staaten sind in einer Welt voller Spannungen und Gefahren die wichtigsten Repräsentanten von Rechtsstaat, Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft. Sie dürfen nicht gespalten werden, wenn unsere Ordnungs- und Wertvorstellungen langfristig überleben sollen. Hier sehe ich eine echte Herausforderung an die USA und Europa: Nicht, sich die Weltherrschaft zu teilen, sondern „Partner in Leadership“ zu werden, wie es der frühere amerikanische Präsident George Bush senior am 3. Oktober 1991 [in Mainz, B.N.] formuliert hat. Damit meine ich eine „Leadership“ auch in Moral und Verantwortungsbewusstsein. Und es geht dabei um Europa als Ganzes. Die These von einer Achse Paris-Berlin-Moskau halte ich für verfehlt. Ein in den wesentlichen Fragen uneiniges Europa schadet den USA und allen übrigen Nationen – am meisten aber sich selbst. Die vordringlichste Aufgabe deutscher Außenpolitik ist es, die bewährte Balance zwischen den engen und besonderen Beziehungen zu Frankreich, der Freundschaft zu den USA und dem Respekt vor den historischen Erfahrungen und den nachvollziehbaren Interessen unserer kleineren Nachbarländer wiederzufinden. Aus dieser neu definierten Werteallianz zwischen Europa und Nordamerika müssen neue Impulse für die Weiterentwicklung der Lebensbedingungen der Menschen in der ganzen Welt erwachsen.“ (Bernhard Vogel: Vorwort: Nach dem Irak-Krieg: Die Zukunft der UNO und des Völkerrechts in: „Die Zukunft der UNO und des Völkerrechts“ /Bernhard Vogel/Rudolf Dolzer/Matthias Herdegen (Hrsg.). – Freiburg: Herder, 2004, S. 11/12). **Diese Politik scheint die große Koalition – gemessen an der Koalitionsvereinbarung zu den transatlantischen Beziehungen - zu gehen.** Der alternative Weg, der „Weg“ der Regierung Schröder/Fischer, war zuvor in „Weltrends“ von Werner Link propagiert worden: „**Die wirkliche Alternative, die sich für die europäischen Staaten – und mithin auch für Deutschland – in der realen Politik stellt, ist nicht „machtpolitisch resozialisierte“ Außenpolitik oder „offensiver Idealismus“** (hier spielt Link auf einen Beitrag von Gunther Hellmann in der Zeitschrift „Weltrends“ an). **Vielmehr stellen die USA, seit sie ihrer herausragenden Machtposition entsprechend eine hegemonial-imperiale Politik betreiben, die europäischen Staaten vor die Alternative, entweder den USA zu folgen (bandwagoning) und an einer imperialen(zum Scheitern verurteilten) Weltordnung mitzuwirken oder ein eigenständiges Gewicht durch „verstärkte Zusammenarbeit“ in der EU zu gewinnen und auf dieser Basis ein balanciertes europäisch-amerikanisches Verhältnis zu ermöglichen – in einer pluralistischen Weltordnung.** **Deutschland [unter der Regierung Schröder/Fischer, B.N.] und Frankreich (sowie einige andere EU-Staaten) haben die zweite Alternative gewählt** (obwohl die Regierungen parteipolitisch unterschiedlich zusammengesetzt sind!) **und die Mehrheit der deutschen und französischen Bevölkerung stimmt dem zu“** (Werner Link: Vom Elend des „offensiven Idealismus“ in „Weltrends“ Nr.- 43. Sommer 2004, S. 47-51, hier zit. S. 51). Meines Erachtens kann – ohne Bandwagoning zu betreiben – eine eigenständige, durchaus selbstbewusste Politik gegenüber den USA verfolgt werden, sofern in Stil und Ton ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis aufgebaut wird. Dies würde meines Erachtens Differenzen im transatlantischen Verhältnis verbessern – ohne gleich „Gegenmachtbildung“ zu betreiben. **Die große Koalition betreibt also mitnichten „Bandwagoning“,** wenn sie das Verhältnis zu den USA entkrampft. Darauf deutet der Terminus: **„selbstbewusst“** in der von Außenminister Steinmeier geprägten Metapher: „selbstbewusste Bescheidenheit“ auch hin. Von der von Werner Link propagierten „Gegenmachtbildung“ hingegen halte ich in der gegenwärtigen Situation nichts und stimme Bernhard Vogel hier zu. Ansonsten müsste – wie Gunther Hellmann in seinem hervorragenden und m.E. besten Beitrag zur deutschen Außenpolitik: „Agenda 2020: Krise und Perspektive deutscher Außenpolitik“ verdeutlicht hat, der deutsche Verteidigungsbeitrag erst einmal angehoben werden. Der Anteil der Ministerien für Außenpolitik, Verteidigungspolitik und Entwicklungspolitik an den Ausgaben des Bundes schrumpfte von 1990 21,5% auf nunmehr knapp über zwölf Prozent.(Gunther Hellmann: Agenda 2020 in: „Internationale Politik, Jg. 58, Nr. 9, September 2003, S. 38-46, hier S. 44. Deutschland gibt nach dem Jahrbuch 2005 lediglich 1,5% seines BIP für Verteidigung aus, die USA 3,4%. Vgl. auch den oben zitierten Aufsatz von Thomas Risse, der mit den gleichen Zahlen operiert. Risse, Thomas: Kontinuität durch Wandel: eine neue deutsche Außenpolitik in : „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 8. März 2004, S. 24-31 hier auf S 28:

**„Deutschland kann und will keinen Sonderweg gehen. Wir sind im Bündnis....erwachsen geworden. Wir wollen das auch bleiben. Deshalb sind wir heute ohne jedes Wenn und Aber, bereit, als „normale“ Alliierte Verantwortung zu übernehmen – ob in der EU oder in der NATO“<sup>150</sup>**

**Die deutsche Außenpolitik“ nach dem 2. Weltkrieg war durch zwei Prinzipien bestimmt:<sup>151</sup>**

- **„never again“**
- **“never alone“**

**“Never again: Damit war die dauerhafte Abkehr von deutschen “Sonderwegen”, von “autoritären und totalitären Versuchungen in der Politik und den Gräueln, die sie hervorbrachte, sowie der macht- und expansionsorientierten Außenpolitik nicht nur des nationalsozialistischen, sondern auch des wilhelminischen Deutschlands gemeint. Daraus folgte außenpolitisch die Integration in westliche Bündnisstrukturen, die Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik an den Zielen der Friedenswahrung, Friedensmehrung und des gewaltfreien Konfliktaustrags sowie das Engagement für Demokratie und Menschenrechte weltweit Daraus folgte als Leitlinie der deutschen Außenpolitik zwar kein grundsätzlicher Pazifismus, aber doch eine profunde Skepsis gegenüber militärischen Machtmitteln.**

**„Never alone:“ Deutschland sieht sich außenpolitisch somit fest in der Gemeinschaft der westlichen Demokratien verankert, was sich vor allem in seiner Mitgliedschaft in EU und NATO manifestiert.**

---

„Allerdings ist fraglich, ob man von einer Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik sprechen kann, wenn Deutschland nach wie vor nur ca. 1,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes für militärische Verteidigung ausgibt und somit deutlich weniger als Frankreich oder Großbritannien, von den USA ganz zu schweigen

<sup>149</sup> Das Angebot der amerikanischen Regierung, mit dem Iran wegen seines Atomprogrammes zu verhandeln, wird von der Regierung der „großen Koalition“ genau in diesem Sinne gedeutet: es sei der – durch konstruktive Politik wiedergewonnene – deutsche Einfluss auf die Politik der US-Administration, die zu dieser „Politikwende“ der amerikanischen Regierung geführt habe. Vgl.: Spiegel vom 03.06.2006, Artikel: Spiegel vom 03.06.2006, Artikel: „Aussenpolitik: „Offerte aus dem weißen Haus“, S. 22/23. Hier heißt es wörtlich: „Im Berliner Auswärtigen Amt war die Stimmung am Mittwochabend so gelöst wie lange nicht. An den Verhandlungen mit Iran beteiligte Diplomaten gratulierten sich gegenseitig zu dem Erfolg, die Amerikaner endlich in die Verantwortung gezogen zu haben...In der Regierung werteten die ersten Beamten das amerikanische Einlenken sogar als Erfolg der Großen Koalition. Denn die Christdemokratin Angela Merkel und der Sozialdemokrat Steinmeier hätten nicht lockergelassen, seit der Außenminister am 3. April das Weiße Haus besucht hatte.“ Natürlich bleibt offen, ob die diplomatischen Aktivitäten der Großen Koalition dazu beitragen können, den Atomkonflikt mit dem Iran friedlich zu lösen und ob es sich um einen echten und nicht nur scheinbaren Sinneswandel in der amerikanischen Administration unter George W. Bush handelt. Meines Erachtens hätte die Regierung Schröder/Fischer jedoch größere Schwierigkeiten gehabt, ihren Einfluss in Washington geltend zu machen. Dies hat m.E. mit „Bandwagoning“ im Sinne Werner Links nichts zu tun.

<sup>150</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder, 6. Februar 1999, zit. nach: „Gunther Hellmann: Von Gipfelstürmen und Gratwanderern: „Deutsche Wege“ in der Außenpolitik“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/2004 vom 8. März 2004, S. 32

<sup>151</sup> Vgl. hierzu: Hanns W. Maull: „Normalisierung“ oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/2004 vom 8. März 2004, S. 17-23, hier S. 19/20

**Dieser Weg impliziert die Grundorientierung auf eine stetig zu vertiefende und zu erweiternde Verregelung und Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa und der Welt und damit auch die Bereitschaft zur (partiellen) Souveranitätsübertragung und zur Umgestaltung („Zivilisierung“) der internationalen Politik in Richtung auf die idealtypischen Strukturen und Prozesse demokratischer Innenpolitik.**

**Die Außenpolitik einer Zivilmacht, als die sich Deutschland versteht, ist infolgedessen an folgenden Zielen zu orientieren:**

- **Förderung gewaltfreier Mittel der Konfliktlösung und Bemühung, den Einsatz von Gewalt zur Lösung politischer Konflikte innerhalb von und zwischen den Staaten zu minimieren**
- **Stärkung des Völkerrechts und multilateraler internationaler Institutionen wie der UNO sowie die Bereitschaft zur Übertragung von Souveränitätsrechten auf internationale Organisationen**
- **Förderung der Demokratisierung der internationalen Beziehungen.**

**Wie Peter Rudolf<sup>152</sup> und Thomas Risse<sup>153</sup> gezeigt haben, resultierte der Konflikt zwischen den USA und der rot-grünen Bundesregierung gerade darin, dass die Regierung Schröder den USA eine Abkehr dieser Grundsätze des Konzepts einer Zivilmacht vorgehalten haben. Dann bleibt aber zu fragen: bedeuten die zunehmenden Bundeswehreinätze im Ausland, zuletzt jetzt im Libanon<sup>154</sup>. Deutet sich hier eine Abkehr vom Konzept der „Zivilmacht Deutschland“ oder gar eine „Militarisierung der deutschen Außenpolitik“, wie es der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Oskar Lafontaine, der Bundesregierung am 06. September 2006 in einer erregten Bundestagsdebatte vorwarf?<sup>155</sup> Ich stimme Thomas Risse zu, dass dies nicht konstatiert werden kann: „Wenn man die bisherige außenpolitische Identität der Bundesrepublik als von einer an Multilateralismus, friedlicher Konfliktlösung und Kooperation mit den Partnern orientierten Politik einer „Zivilmacht“ gekennzeichnet beschreiben kann, so lassen sich hier – allen Unkenrufen zum Trotz – kaum Veränderungen...feststellen. Das gilt zunächst für die außenpolitischen Ziele, bei denen die rot-grüne Bundesregierung [und auch die Regierung der großen Koalition, B.N.] im Wesentlichen in der Kontinuität ihrer**

---

<sup>152</sup> vgl. Fußnote 140

<sup>153</sup> vgl. Fußnote 145

<sup>154</sup> zur Zeit sind rund 6729 Soldaten in verschiedenen Auslandseinsätzen aktiv, vgl etwa „Spiegel“ vom 17.07.06: „Bundeswehr: Eine schwache Truppe“, S. 32-35

<sup>155</sup> Vgl. FAZ vom 07.09.06: „Düpiertes Wunschpartner“ von Günter Bannas. Zum Wortlaut der Reden vgl.: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Aussenpolitik/merkel-bt.html>

**Vorgängerregierungen steht.[...] Die zunehmende Beteiligung deutscher Soldaten an Auslandseinsätzen einschließlich von Kampfeinsätzen reagiert auf veränderte weltpolitische Rahmenbedingungen und kann bei einem Verteidigungsetat in Höhe von 1,5 Prozent des Bruttoninlandproduktes kaum als „Militarisierung“ der deutschen Sicherheitspolitik interpretiert werden. Die deutlichsten Veränderungen zeigen sich auf der Ebene außen- und sicherheitspolitischer Mittel.“<sup>156</sup> Risse konstatierte: „Während es bei der Mittelwahl zum Teil beträchtliche Veränderungen in der deutschen Außenpolitik gegeben hat (z.B. die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr), dominiert bei den außenpolitischen Zielen Kontinuität. Die Bundesrepublik betreibt nach wie vor eine an internationaler Kooperation, Multilateralismus und friedlicher Konfliktbeilegung orientierte Außenpolitik einer „Zivilmacht“.<sup>157</sup>**

**Wie lassen sich die Auslandseinsätze – etwa im Kongo – mit diesem Konzept einer Zivilmacht vereinbaren? Hanns W. Maull hat hierzu folgendes festgestellt:<sup>158</sup>**

**„Das Leitmotiv des never again sollte heute vor allem auf eine systematische Politik der Demokratieförderung zielen. Denn im Kontext von prekärer Staatlichkeit und Staatszerfall kommt den Fähigkeiten der Staatengemeinschaft besondere Bedeutung zu, Prozesse des state building dort voranzutreiben, wo Staatlichkeit in kritischen Regionen vom Zerfall bedroht oder bereits zerfallen ist. Aus dieser Perspektive ist demokratische Staatlichkeit (und dies lehrte ja die deutsche Erfahrung) eine entscheidende Voraussetzung für eine halbwegs chancenreiche Bemühung um eine Zivilisierung der Politik.[...] Unverkennbar ist..., welche gewaltige Aufgabe erfolgreiches state building für die Staatengemeinschaft darstellt. Dies könnte zu einer außenpolitischen Kernaufgabe der EU werden.**

**Das Leitmotiv des never alone impliziert heute dementsprechend die Aufgabe, funktionierende demokratische Staaten möglichst effektiv im Sinne einer Zivilisierung der internationalen Politik miteinander zu vernetzen und ihre Kooperation effektiv auszugestalten. [...] Militärische Machtmittel sind in diesem Kontext realistischlicherweise zwar unverzichtbar, ihre Anwendung entspräche allerdings in der Regel nicht der klassischen Logik des staatlichen Gewaltmonopols. Militärische Zwangsmittel dienen aus dieser Perspektive vor allem zur Schaffung und Wahrung politischer Ordnung im Kontext zerfallender oder zerfallener Staatlichkeit. In der Umsetzung bedeutete dies, militärische Machtmittel neben der Fähigkeit zur kollektiven**

<sup>156</sup> Risse, a.a.O., vgl. Fußnote 145.

<sup>157</sup> Ebd., S. 24

<sup>158</sup> Maull, a.a.O., S. 22 vgl. Fußnote 151

**Selbstverteidigung vor allem für Frieden zu schaffen bzw. Frieden erhaltende Einsätze vorzusehen und vorzubereiten. In diesem Zusammenhang erscheint der Aufbau spezifischer ziviler Fähigkeiten für solche Einsätze und ihre kluge Verknüpfung mit militärischen Akteuren und Ressourcen besonders bedeutsam.<sup>159</sup>**

**Insofern widersprechen die zahlreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr, die zur Demokratisierung und zur Eindämmung von Konflikten gedacht sind, nicht dem Konzept der Zivilmacht Deutschland. Hierzu schreibt Thomas Risse zu recht: „Abkehr vom Konzept einer Zivilmacht und Rückkehr zu einer traditionellen Machtpolitik würde demgegenüber bedeuten, dass die deutsche Außenpolitik entweder die multilaterale Orientierung ganz aufgibt oder zumindest versucht, ihre kurzfristigen Machtinteressen in internationalen Institutionen und Organisationen stärker durchzusetzen und ihren Einfluss zu vergrößern („realistische Außenpolitik“, [vgl hierzu. meine Ausführungen in Kapitel 1]). Die Betonung nationaler Souveränität würde deutlich zunehmen, und der Einsatz von Gewaltmitteln zur Durchsetzung politischer Ziele in der internationalen Politik wäre immer weniger tabu.“<sup>160</sup> Dies kann jedoch für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland - wie oben gezeigt wurde - insgesamt nicht bilanziert werden. Als Fazit kann daher mit Thomas Risse festgestellt werden: „Die Diagnose der meisten politikwissenschaftlichen Studien, die deutsche Außenpolitik sei nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eher durch Kontinuität als durch Wandel geprägt gewesen, auch nach den turbulenten Ereignissen und Krisen der letzten Jahre, kann daher meines Erachtens zugestimmt werden.“<sup>161</sup>**

**Dennoch: Auch die Außenpolitik einer „Zivilmacht Deutschland“ steht vor enormen Herausforderungen. So schreibt etwa Michael Jeissmann in der FAZ vom 18.08.2006 zur Problematik wachsender Auslandseinsätze der Bundeswehr: „Wie will die Bundesregierung dem Verdacht begegnen, dass die Bundeswehr indirekt und unwillentlich zum Büttel fragwürdiger Interessen gemacht wird? Oder zum Alibi für politische Entscheidungsschwäche? Der Hinweis auf die Forderungen der Vereinten Nationen oder auf die Pflichten der Europäischen Union entbindet nicht vom eigenständigen politischen Willen. Denn, das ist der springende Punkt, die Heeresverfassung schlägt immer auf die Gesellschaftsverfassung zurück. Noch 1994 warnte der spätere deutsche Außenminister Joschka Fischer, der dann mit Vehemenz für einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat warb, in seinem Buch: „Risiko Deutschland“ vor der verhängnisvollen Entwicklung des wiedervereinigten Deutschland. Von der Parole „mehr Verantwortung übernehmen“ bis zu neuem Heldentum und**

---

<sup>159</sup> ebd., S. 23

<sup>160</sup> Risse, a.a.O., vgl. Fußnote 145, S. 26

<sup>161</sup> ebd., S. 29



**Militarismus sei es nur ein Schritt. Fischer hatte mit dieser Wendung nur seine rhetorische Wandlungsfähigkeit bewiesen. Die Regierung Merkel aber muss nun die politische Antwort geben, welche Art Macht Deutschland eigentlich sein soll und in welchem Interesse es seine Soldaten in die Welt schickt.“<sup>162</sup>**

**Diese Interessen, zugleich enorme Herausforderungen an die deutsche Außenpolitik, hat Nikolas Busse kürzlich in der FAZ-Sonntagszeitung vom 13. August 2006 in m.E. in beispielhafter Art und Weise die benannt: „Die heutige Weltpolitik unterscheidet sich in einer Hinsicht gravierend von der des 20. Jahrhunderts. Die Vereinigten Staaten sind zwar immer noch die Führungsmacht des Westens – sind alleine aber nicht mehr stark genug, um Freiheit und Welthandel durchzusetzen, die beiden wichtigsten Prinzipien des westlichen Kulturkreises. In Asien erwachsen Amerika wirtschaftliche Rivalen, in der islamischen Welt ideologische. Wie stark das die Kontrollfähigkeit der Supermacht beeinträchtigt, erlebt Präsident Bush gerade im Irak. Jeder Anschlag in Bagdad oder im sunnitischen Dreieck ist ein Symbol für die zunehmende physische Schwäche Amerikas und für die nachlassende Anziehungskraft des von ihm propagierten Lebensstils.**

**Für ein Land wie Deutschland ist diese Entwicklung eine viel ernstere Bedrohung als alle Sterbeüberschüsse der kommenden dreißig Jahre. Die Deutschen verdanken ihren Frieden und ihrem Wohlstand einem internationalen System, in dem die Amerikaner jahrzehntelang dafür sorgten, dass der Kommunismus eingedämmt wurde und Handel getrieben werden konnte. Heute wird diese Ordnung vor allem vom radikalen Islamismus in Frage gestellt. Haben die Bin Ladins und Ahmadineschads dauerhaft Erfolg, dann wird es auch für uns schwer. Als Industrienation ist Deutschland auf Öl angewiesen, als Exportweltmeister auf Absatzmärkte, als Demokratie auf die Herrschaft des freien Worts. Gerade die europäischen Gesellschaften, die so große muslimische Minderheiten haben, werden einen hohen Preis zahlen, sollten sich die Prediger gegen unsere Werte durchsetzen. Die Bundeswehr ist sicher nicht das einzige Instrument, das der Politik zur Verfügung steht, um diesen bedrohlichen Tendenzen entgegenzuwirken. Aber es wird immer wieder Länder und Situationen geben, in denen sie das Mittel der Wahl ist. Darauf sollten sich die Deutschen einstellen.“ Kurz zuvor hatte Busse daher in dem selben Artikel festgestellt: ...“Die größte Aufgabe, die die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren vor sich hat, ist deshalb eine pädagogische, eine ins Innere gerichtete: Die Politiker müssen der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten**

<sup>162</sup> Michael Jeissmann: „Rollenspiele: Was soll die Bundeswehr im Ausland? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.06.06, S. 31.

**zu Konfliktherden geschickt werden. Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenige andere Länder.<sup>163</sup>**

**Ein Zusammenstehen der demokratischen Staaten zur Verteidigung dieser elementaren zivilen und humanen Grundwerte – und damit auch zur Verteidigung und Ermöglichung einer Außenpolitik der Zivilmacht (die nicht mehr möglich sein wird, wenn es keine Demokratien mehr geben sollte und sich totalitäre Ideologien, Systeme und Staaten dauerhaft in der Welt durchsetzen sollten) – und damit auch ein gutes und von Vertrauen und nicht von Rivalität geprägtes transatlantisches Verhältnis ist daher von enormer Wichtigkeit für die Zukunft Deutschlands, Europas, der USA und der Welt.**

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.**

**Bernhard Nowak**

---

<sup>163</sup> Nikolas Busse: Deutsche Ausflüchte, a.a.O., vgl. Fußnote 129